M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Dez. 2021 Nr. 4

mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 70

- Rechte Szene
  Fotograf im Fadenkreuz
- Studientag Bildredaktion
  An der Schnittstelle

Nachhaltige Filmproduktion

Mit „Green Motion“ den Dreh raushaben

IM FOKUS: NACHHALTIGE FILMPRODUKTION UND DIVERSITÄT

6 **MIT „GREEN MOTION“ DEN DREH RAUSHABEN**

8 **DREHEN MIT DEM LASTENFAHRRAD**
Verkehrswende als Sujet und selbst bei der Filmproduktion praktiziert

10 **MEHR ALS HEISSE LUFT**
Grünes Licht für Nachhaltigkeit auch in der Werbefilmproduktion

12 **MÄNNERÜBERSCHUSS IM FILM**
Noch ein Stück Weg zur Geschlechtergerechtigkeit vor und hinter der Kamera

14 **DAS LABEL ALLEIN REICHT NICHT**
Die Vielfalt einer Gesellschaft neben dem Mainstream im Film

Foto Cover und oben: KameraBike, BikeTaxi 4 Media GmbH, Berlin/Katrin Schmohl
Planet Cover: istockphoto/Nastco. Retusche: M/Petra Dreßler

MEINUNG

4 **GRENZEN DER BILDVERWERTUNG**

5 **ALTBEKANNTES & VERHEISSUNGSVOLLES**

BERUF

16 **IM FADENKREUZ DER RECHTEN SZENE**
Hetze gegen Journalist*innen im Internet konsequent strafrechtlich verfolgen

18 **SCHON ENTDECKT? COLOURFUL VOICES**

19 **AN DER SCHNITTSTELLE**
Weil Bildredaktionen mehr können als nur Bilder beschaffen

21 **FRAGILITÄT DES VERTRAUENS ZUM FOTO**
Bildforensik: Quellensuche und Aufdeckung von Täuschungen

22 **THEMIS MIT DOPPELTER KRAFT**
Unterstützung für die Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung wächst

23 **5 JAHRE „MEDIENSALON“**
Flexibilität bei Themen und Formaten – Debatte auf Augenhöhe

MEDIENWIRTSCHAFT

24 **PROFITABLER MIT POLITICO?**
Erklärtes Ziel von Springer: „Weltmarktführer im digitalen Journalismus“

INTERNATIONAL

25 **AKTION FÜR MANSOUR ATTI, LIBYEN**
Journalist verschleppt

26 **ZWISCHEN REPRESSION UND TOLERANZ**
Kuba: Recherchen als „Verrat von Staatsgeheimnissen“ kriminalisiert

28 **MIT FÖRDERUNG ÜBERLEBEN**
Staatliche Pressehilfe stärkt Journalismus in Luxemburg – alle Zeitungen profitieren

29 **GENUGTUUNG FÜR JOURNALISTIN**
Jineth Bedoya Lima gegen Kolumbien: Mehr als ein Urteil für die Pressefreiheit

TARIFE UND HONORARE

30 **TAGESZEITUNGEN**
Kein Tarifangebot von Verlegerseite

30 **IMPRESSUM**

31 **NEUE BROSCHÜRE**

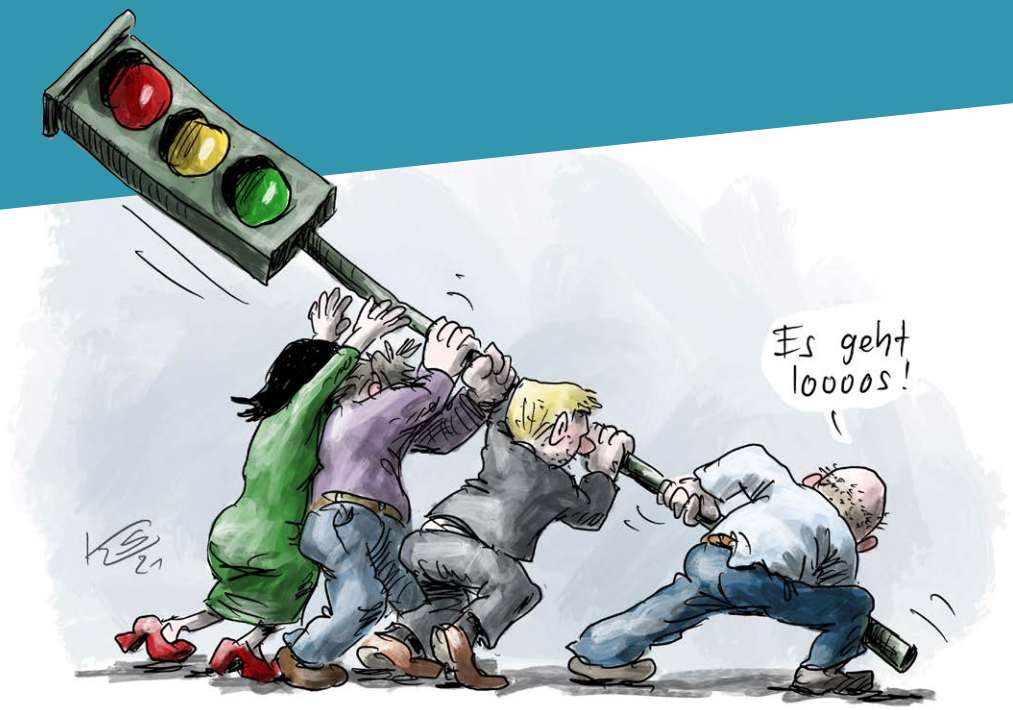
31 **UCI: FÜNF PROZENT MEHR**
Tarifabschluss brachte auch zusätzliche Lohngruppen

PODCAST AUF MMM.VERDI.DE

„VIELFALT UND NUTZEN“
Alle M-Podcasts unter mmm.verdi.de/podcast

PRESSEAUSWEIS 2022

ANTRÄGE ABGEBEN
https://dju.verdi.de/service/presseausweis



Karikatur: Klaus Stuttmann

Foto: Kay Herschelmann

Chancen für Veränderung

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Diversität sind derzeit beliebte Schlagworte in Politik und Gesellschaft. Firmen, Vereine, Websites … etikettieren um. Aber mitunter steckt hinter dem Label keine wirkliche Veränderung. Begrifflicher Verschleiß ist zu befürchten. Dennoch – die Filmbranche hat einen großen Schritt nach vorn getan in Punkto Nachhaltigkeit. Mit dem neuen Filmfördergesetz (FFG) gehören ab Januar zu den Bedingungen einer Film-Unterstützung Nachweise über die CO2-Bilanz und die ökologische Nachhaltigkeit bei der Produktion. Grund genug für die aktuelle M, darauf den Fokus zu richten. Nach positiven Beispielen musste nicht lange gesucht werden. Green Shooting hat bei Filmproduktionen Einzug gehalten. Der neue Beruf des Green Consultants ist entstanden (S. 6–8). Drehen mit dem Lastenfahrrad wird zugleich als praktizierte Verkehrswende verstanden (S. 8–10). Werbefilmer hinterfragen bei potenziellen Kunden das Greenwashing und setzen im eigenen Unternehmen auf Nachhaltigkeit (S. 10–11). Wissend: Bei alledem ist noch viel Luft nach oben.

Vom neuen FFG verspreche sich die Bundesregierung „zukunftsrelevante gesellschaftspolitische Weichenstellungen“ – nicht nur in Sachen Nachhaltigkeit, sondern auch in der Geschlechtergerechtigkeit, zitiert M. Dennoch würden Geschlechtergerechtigkeit und Diversität im Gesetz „fast vollständig ignoriert“, kritisiert Pro Quote Film. So ist dem „Männerüberschuss im Film“ vor und hinter der Kamera nicht bei zu kommen. Erfolgreiche Filmfrauen benennen in M klar die Ursachen für die Misere und zeigen Wege auf, das zu ändern. (S. 12/13). Auch das Label Diversity allein im Filmabspann reicht nicht, um die Vielfalt einer Gesellschaft zu spiegeln. Film-Innovationen weisen in die richtige Richtung (S. 14/15).

Ob der Ampel-Koalitionsvertrag das Papier wert ist, auf dem er geschrieben wurde, wissen wir noch nicht (S. 4). Versprochen wird unter anderem, dass man für die Sicherheit von Journalist*innen eintreten wolle. Der Fall des Fotografen Alfred Denzinger „Im Fadenkreuz der rechten Szene“ belegt, wie notwendig dafür konsequentes Vorgehen von Polizei und Justiz auch in Deutschland wäre (S. 16–18). Dazu gehört auch die Geschichte der mutigen Journalistin Lineth Bedoya Lima in Kolumbien, der unglaubliche Gewalt angetan wurde. Sie stritt 21 Jahre für ihr Recht und für die Pressefreiheit – am Ende erfolgreich (S. 29).

M wünscht allen Leser*innen eine interessante Lektüre dieser Ausgabe. Der positive Fokus auf die Bemühungen um Nachhaltigkeit im Film ist „konstruktiver Journalismus“. Oder steckt mehr hinter diesem Begriff? Beim ver.di-Journalismustag am 29. Januar in Berlin kann darüber diskutiert werden. Bis dahin, gesund bleiben und schöne Feiertage, trotz alledem!

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Journalismustag

**„Bye bye bad News –
mit konstruktivem Journalismus
durch die Krise“
35. Journalismustag
am 29. Januar in Berlin
Aktuelle Infos:
https://dju.verdi.de**

Grenzen der Bildverwertung

Der Fotojournalismus lebt davon, dass die Fotografierten den Fotograf*innen vertrauen. Teil dieses Vertrauens ist, dass die Fotojournalist*innen die angefertigten Bilder im Sinne der ursprünglichen Begegnung verwenden. Sofern das Recht am Bild betreffende Fragen klar sind, hat die Fotograf*in das alleinige Urheber- und Verwertungsrecht an den Aufnahmen und kann mithin alleine über die Verwendung der Bilder entscheiden. Seit der Entstehung der Pressefotografie war dies die Grundlage eines bis heute existierenden Vertrauensverhältnisses. Aber mit den Möglichkeiten der grenzenlosen Zirkulation von Bildern im digitalen und analogen Raum haben Fotojournalist*innen immer weniger Möglichkeiten, die Art und Weise der Bildverwendung zu kontrollieren. Darüber hinaus nutzen sie die multiplen Verbreitungsmöglichkeiten oft auf eine Art und Weise aus, die kritisch zu hinterfragen ist.

Felix Koltermann beim Digitalen Studientag „Bildredaktion" (S. 19–21).

Foto: Marcel Zeumer

Was heißt dies konkret? Nehmen wir einmal fiktiv an, eine freischaffende Fotojournalistin hat während der Flutkatastrophe 2021 in Westdeutschland in einem Dorf im Ahrtal das Porträt einer Mutter mit ihrem Kind angefertigt. Das Bild zeigt eine erschöpfte Frau, die in einer mit Schutt übersäten Straße mit ihrem kleinen Kind im Arm auf einem Steinblock ruht. Die Fotografin arbeitete sehr präzise und notierte sich ausführlich Informationen zur dargestellten Person und ließ dieser im nachhinein auch eine Kopie des Porträts zukommen. Da die Begegnung in einem konkreten dokumentarischen Kontext stattfand, war die Protagonistin damit einverstanden, hatte sie doch selbst ein Interesse daran, dass die Situation im Ahrtal bekannt wird.

Die Fotojournalistin vertrieb ihre Aufnahmen über eine Bildagentur. Ein Nachrichtenmagazin kaufte das Bild und brachte es als doppelseitigen Aufmacher eines Schwerpunktartikels.

Auch international wurde die Aufnahme in journalistischen Publikationen verbreitet. Nutzer*innen teilten Artikel und Bild, wodurch es viral ging. Oft wurde es mit dem Hinweis versehen, dass es sich um die Madonna des Ahrtals handele, weil es an die Figur der Pietà erinnere. Die Fotojournalistin reichte das Bild bei mehreren Preisen ein. Beim World Press Photo Award wurde es als Bild des Jahres prämiert. Weltweit wurde das Bild zur Bewerbung des Wettbewerbs auf Plakaten sowie in sozialen Netzwerken genutzt. Infolge einer Ausstellung fotografischer Positionen zur Flutkatastrophe kaufte auch ein Museum die Aufnahme an. Nur kurz darauf fand in diesem Museum eine Ausstellung über das weibliche Porträt statt, in dem dieses Bild neben künstlerischen Positionen aus der Malerei gezeigt wurde. Die Fotografin nutzte das Bild auch zur Eigenwerbung, etwa für von ihr angebotene Porträtfotografie-Workshops.

Die hier beschriebenen Verwertungsformen insbesondere von Einzelbildern sind heute – so oder so – Alltag in der journalistischen Fotografie. Denn je größer die Krise auf dem Bildermarkt, umso mehr suchen Fotojournalist*innen nach neuen Publikationsforen. Das Problem mit der grenzenlosen Zirkulation ist, dass damit ein Kontrollverlust einhergeht. Je mehr Zeit seit der konkreten Begegnung und dem Berichterstattungsanlass vergeht, umso mehr verblasst der direkte Zusammenhang zwischen der Fotografie und der konkreten Aufnahmesituation. Und umso größer wird auch der Kontrollverlust. Die Bilder erfahren multiple Kontextwandel, weg vom Dokument hin zu einem ästhetischen Produkt oder einer historischen Quelle und können zur Bildikone werden. Inhaltlich geht es immer weniger um das Geschehene und die Erlebnisse der Dargestellten, stattdessen um die Qualität des Bildes, dass für eine Vielzahl unterschiedlicher Zwecke einsetzbar ist. Auch wenn diese Kontextwandel und Bedeutungsveränderungen schon immer Teil der Zirkulation fotografischer Bilder waren, ist durch die Digitalisierung und Social Media jedes Maß verloren gegangen.

Aber wer will sich angesichts dieses möglichen Kontrollverlusts noch fotografieren lassen? Denn die Dargestellten können nicht mitentscheiden, ob sie als Fotomotiv an einer Museumswand hängen oder zum Werbebild für einen Preis werden. Selbst wenn Fotojournalist*innen sich bildrechtlich, wie im Beispielfall, auf der sicheren Seite wissen, ist die grenzenlose Verbreitung aus ethischer Perspektive problematisch. Jede Fotojournalist*in muss sich die Frage des Teilens und Verkaufens journalistischer Fotografie bei jedem einzelnen Bild neu stellen. Darüber steht die Frage, ob die bestehenden rechtlichen und berufsständischen Instrumente noch adäquate Antworten auf die hier formulierten Herausforderungen geben. Denn die multiplen und letztlich fast unendlichen Verbreitungs- und Verwertungsmöglichkeiten digitaler Bilder waren zur Entstehungszeit des Kunsturheberrechts vor mehr als 100 Jahren als bis heute gültigem Rechtsrahmen nicht absehbar. Deswegen müssen wir über neue, zeitlich auf konkrete journalistische Publikationskontexte begrenzte, Verwertungsrechte diskutieren.

Felix Koltermann <<

Altbekanntes & Verheißungsvolles

Papier ist geduldig, auch das, auf dem Koalitionsvereinbarungen fixiert werden. Der Vertrag der Ampelparteien enthält einen umfangreichen Katalog medien- und netzpolitischer Forderungen. Einige glaubt man schon mal gehört zu haben. Andere machen den Eindruck von reichlich unverbindlichen Allgemeinplätzen. Aber seien wir nicht ungerecht: Ein paar verheißungsvolle Ankündigungen finden sich schon im Medienteil von „Mehr Fortschritt wagen“.

Da wäre zunächst die anvisierte Einführung eines Auskunftsanspruchs der Presse gegenüber Bundesbehörden. Oder die Ankündigung, „Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus“ zu schaffen. Beides Projekte, die seit langem auf dem Wunschzettel der dju in ver.di und anderen Medienorganisationen stehen. Positiv auch die geplanten Nachschärfungen beim Lobbyregister und die Unterstützung europaweiter Maßnahmen „gegen Einschränkungen der Freiheitsrechte“ durch die missbräuchlichen SLAPP-Klagen.

Höchst begrüßenswert auch das Versprechen, „für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten“ einzutreten. Keine Selbstverständlichkeit, denkt man an die mehr als 250 Straftaten gegen Medien, die allein im Jahr 2020 vom Bundesinnenministerium registriert wurden, von Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen, Bedrohung bis hin zu Nötigung. Insofern wäre zu wünschen, dass dieser lapidare Satz in eine entsprechend größere Sensibilität auf Seiten von Polizei und Behörden mündet. Andere Passagen des Koalitionspapiers erscheinen allzu vage: Der Prüfauftrag für die Machbarkeit einer „europäischen Medienplattform“ oder die Binse, wonach „freie und unabhängige Medien“ in einer Demokratie „unverzichtbar“ seien. Geradezu ärgerlich dagegen ein anderer „Prüfauftrag“: Gefahndet werden soll nach geeigneten Fördermöglichkeiten zur Gewährleistung der „flächendeckenden Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen“. Als gäbe es nicht seit Jahrzehnten – vor allem bei unseren europäischen Nachbarn – positive Erfahrungen mit Instrumenten, die die Medienvielfalt sichern helfen.

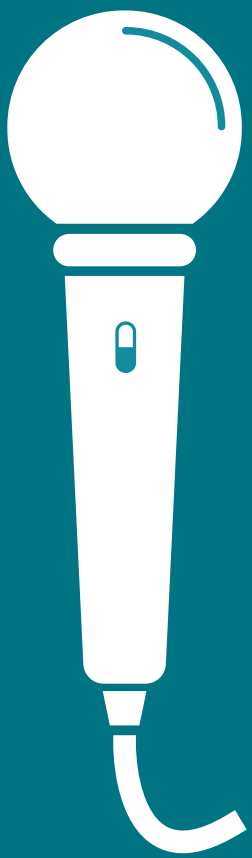
Es wäre fatal, wenn die Ampelkoalition an dem in der letzten Legislaturperiode gescheiterten Projekt der GroKo anknüpfen würde. Staatsknete an Großverlage als reine Vertriebsförderung für „Holzmedien“, noch dazu per Gießkanne? Nein danke! Merke: Jede Unternehmensförderung sollte geknüpft sein an die Einhaltung sozialer Standards: zum Beispiel an eine tarifliche Bezahlung und qualitätsgesicherte Ausbildung. **Günter Herkel «**

Günter Herkel arbeitet als freier Medienjournalist in Berlin *Foto: Jan-Timo Schaube*

Anzeige

DREHMOMENT.
DER PODCAST

Hören Sie mal rein unter:
www.drehscheibe.org/podcast.html



Aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen

Ein Meilenstein in puncto Nachhaltigkeit in der Filmbranche: Noch unter der Großen Koalition wurde das Klimaschutzziel der Bundesregierung auch in das Filmfördergesetz geschrieben. Damit ist Deutschland eines der ersten Länder, das aktiven Klimaschutz per Gesetz zur Förderbedingung macht. Im M-Filmfokus ist auch das Thema Diversity. Es hat sowohl im Fernsehen als auch bei Streaming-Portalen Fahrt aufgenommen.

Mit „Green Motion" den Dreh raushaben

Von Fabian Linder

Das Filmfördergesetz (FFG) tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Zwei neue Paragraphen legen zum einen fest, dass die CO2-Bilanz des Films nachzuweisen ist. Zum anderen müssen „wirksame Maßnahmen zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit getroffen werden". Kriterien und Standards für die Umsetzung gibt es noch nicht. Jedoch ist ab Beginn des neuen Jahres eine Bilanzierung der geförderten Projekte unausweichlich. Dafür hat sich in der Branche aber schon jetzt ein auf die Bedürfnisse zugeschnittener CO2-Rechner etabliert, der bei vielen regionalen Förderungen und Sendern bereits verpflichtend auszufüllen ist.

> „wirksame Maßnahmen zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit"

Eine Wundertüte ist bisher noch der Paragraph zu den „wirksamen Maßnahmen". Das kann so ziemlich alles heißen und es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis die konkrete Anwendung klar ist. Der von der baden-württembergischen Filmförderung (MFG) bereits 2017 gegründete Arbeitskreis „Green Shooting" hat dagegen im Oktober dieses Jahres unter dem Label „Green Motion" seine ökologischen Mindeststandards veröffentlicht. Diese Standards haben alle Produktionen einzuhalten, welche für die beteiligten Sender oder Firmen produzieren – und das sind nicht wenige. Dazu gehören Produktionsunternehmen wie Bavaria Fiction, Constantin Film, UFA, Studio Hamburg, We are era und Ziegler Film, fünf Sender der ARD-Gruppe, das ZDF, die Degeto Film, die Mediengruppe RTL, ProSiebenSat.1, Sky, der Streamingdienst Netflix sowie Fördereinrichtungen wie die MFG Baden-Württemberg, Hessen Film, nordmedia, die Mitteldeutsche Medienförderung, die MV Filmförderung und die MOIN Filmförderung. Da kaum eine deutsche Produktion ohne einen dieser Partner entsteht, ist das Label und die damit einhergehende Selbstverpflichtung für die gesamte Branche relevant.

Parallel zu den ökologischen Mindeststandards arbeitet die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) gemeinsam mit der Filmförderungsanstalt (FFA) an Richtlinien zur Umsetzung des neuen FFG. Seitens der BKM soll es ein Premium Zertifikat geben, dessen Kriterien weitreichender und wissenschaftlich fundierter sein sollen. Zurzeit läuft ein Reallabor der beiden Institutionen, an dem ca. 20 Produktionen teilnehmen. Ziel ist es, daraus ein ökologisches Lastenheft für geförderte Produktionen zu entwickeln, allerdings mit einem deutlich anderen Kriterienkatalog als dem des Arbeitskreises „Green Shooting". Die Ergebnisse daraus sollen im Mai 2022 veröffentlicht werden. Spätestens dann muss geklärt werden, ob es eine Koexistenz geben wird oder ob das Reallabor letzten Endes eher zur Festigung der ökologischen Mindeststandard des Arbeitskreises „Green Shooting" dienen wird.

Mit der Bahn anstelle der Fliegers

Wie sehen nun solche „wirksamen Maßnahmen" nach dem „Green Motion"-Label aus? Die großen Hebel bei einer Filmproduktion sind meistens die Reisen und die gesamte Logistik. Deshalb gibt es dafür zwei Muss-Vorgaben: Zum einen sind Flüge nicht gestattet, wenn die entsprechende Bahnfahrt unter fünf Stunden liegt, zum anderen sollen in der PKW-Flotte der Produktionen mindestens 30 Prozent CO2-reduzierte Fahrzeuge sein. Wobei diese Zielvorgabe in den kommenden Jahren immer weiter angehoben werden soll: auf bis zu 50 Prozent. Zusätzlich gibt es viele sogenannte Soll-

Nachhaltigkeit hat sich auch die Produktionsfirma Futurikon auf die Fahne geschrieben, hier bei den Dreharbeiten für die erfolgreichen Animationsfilme: „Minuscule“.

Foto: Futurikon/Amélie Monti

Kriterien, die zwar geprüft werden, aber nicht verpflichtend umzusetzen sind. Um das Label Green Motion letztlich zu erhalten, müssen bei den Produktionen 18 von 21 Muss-Kriterien auf der Haben-Seite stehen. Da die Kriterien Mindeststandards sind, sind sie für eine normale Produktion relativ gut zu erfüllen. Spannender ist der Blick auf die Soll-Kriterien: Hier finden sich prozentuale Mindestanteile nachhaltiger LKW, alternative Stromaggregate oder der ausschließliche Einsatz von LED-Licht. Viele dieser Kriterien sind für manche Produktionen utopisch, für andere in greifbarer Nähe. Ihr großer Wert liegt aber darin, dass sie Nachfragen generieren und damit auch Bedarfe an die Industrie spiegeln. Ob extrem leistungsstarke LED-Scheinwerfer, gas- und elektrobetriebene LKW oder alternative Aggregate – vieles ist noch nicht vollständig entwickelt oder noch nicht im Verleihmarkt vorhanden. Durch eine höhere Nachfrage könnte sich die Entwicklung beschleunigen.

Diesen umfangreichen Katalog mit 44 Kriterien abzuklopfen und eine entsprechende CO2 Bilanz zu erstellen, ist aber nichts, was man eben mal nebenbei erledigt. Deshalb steht an erster Stelle die Beschäftigung eines Green Consultants (zu Deutsch: Nachhaltigkeitsberater*in). Er bzw. sie verfügt nicht nur über valide Berufserfahrung in der Film- und TV-Produktion, sondern ist Spezialist*in für nachhaltige Technologien und Umwelt-Managementsysteme. Derzeit gibt es zwei Weiterbildungsangebote über sechzehn Wochen in Deutschland. Im vergangenen Jahr wurden sie von über 180 Green Consultants genutzt – das ist sowohl in der Ausbildungstiefe als auch in der Quantität weltweit einmalig.

Innerhalb kurzer Zeit musste sich ein völlig neues Berufsbild konstituieren, begonnen vom Arbeitsumfang über das Tätigkeitsfeld bis hin zu einer entsprechenden Vergütung. Um dieses Vakuum zu füllen, haben sich Initiator*innen der grünen Bewegung zusammengetan und gemeinsam mit den frisch ausgebildeten Consultants den „Bundesverband Green Film & TV Consultants Deutschland e.V.“ (GCD) gegründet. Der größte Benefit dabei ist der Austausch über Erfahrungswerte, Technologien und Dienstleister. Denn die Gewährleistung dieses Wissenstransfers macht die Green Consultants wertvoll für Medien-Produktionen, gerade in einem Umfeld, in dem jedes Projekt gänzlich andere Anforderungen hat. Das initiale Fachwissen über die Branche, die Weiterbildung und die ständigen Fortbildungen unterstreichen, dass es sich um Expert*innen handelt. Deshalb ist es wichtig, dass der Beruf Eingang in den neuen Gagentarifvertrag von ver.di findet.

Ein eigener Green Consultant

Grundlegend baut ein Green Consultant ein Umwelt-Managementsystem auf. Dies kann von einem selbst entwickelten Prozess – zum Beispiel im Rahmen einer einzelnen Film- oder Fernsehproduktion – bis hin zu einem betrieblichen Umwelt-Managementsystem nach EMAS oder DIN 14001 gehen. In den vergangenen Monaten haben sich immer mehr Betriebe dazu verpflichtet, einen eigenen Green Consultant zu beschäftigen. Einige Sendeanstalten haben ganze Abteilungen dafür gegründet. Mit der erstellten ersten CO2-Bilanz kann der Green Consultant eine Fokussierung vornehmen, um auf die einzelnen Gewerke zugehen

Preis Eisvogel

Erstmals wurde in diesem Jahr der „Eisvogel – Preis für nachhaltige Filmproduktionen“ ausgeschrieben.

Damit zeichnen das Bundesumweltministerium (BMU) und die Heinz Sielmann Stiftung in Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Filmproduktionen aus, die bei der Planung und Umsetzung auf nachhaltige Produktionspraktiken gesetzt haben.

Der Preis wird gemeinsam mit der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V. verliehen.
https://eisvogel-filmpreis.de

und im Dialog gemeinsam Maßnahmen implementieren zu können. Die größte Herausforderung ist dabei die Zeit, denn gerade in der Vorproduktion lassen sich viele Stellschrauben noch am einfachsten drehen. Allerdings muss dafür auch Zeit vorhanden sein, was im Zuge der derzeitigen Einsparungen an allen Ecken und Enden – etwa bei Arbeitstagen – oft sehr schwierig ist. Den Green Consultant sollte man nicht als Kontrollinstanz verstehen, sondern als Sparringspartner*in, mit der man offen über Sinn und Unsinn einzelner Maßnahmen sprechen kann. Heraus kann dann ein Katalog kommen, der für alle verträglich ist und zugleich möglichst viel ökologische Nachhaltigkeit mit sich bringt.

Teilzeit oder freie Mitarbeit

Der Green Consultant begleitet die Dreharbeiten, ist allerdings nicht permanent am Set. Sie oder er wird zumeist in Teilzeit oder als freie Mitarbeiter*in beschäftigt. Nach einer Umfrage des GCD liegt der Arbeitsaufwand eines Green Consultant im Schnitt bei rund einem Drittel der geplanten Drehtage, wobei die meisten Befragten dabei angaben, dass die Zeit in bisherigen Produktionen eher zu knapp bemessen war. Am Ende erstellt der Green Consultant einen Abschlussbericht, der die CO2-Kalkulation in nüchternen Zahlen darstellt und zeigt, wo die Produktion ihre Emissions-Schwerpunkte hatte und wo eingespart werden konnte, welche Schwierigkeiten es gab.

Ressourcenschonendes Produzieren wird also auch in Zukunft kein Selbstläufer sein. Angesichts immer enger gestrickter Produktionsabläufe wird man dafür künftig einen größeren Zeitpuffer kalkulieren müssen, um dem Team Entlastung zu bringen. Und auch wenn das Thema irgendwann zum Alltag in der Filmproduktion gehört, wird ein gewisser Mehraufwand sicherlich immer bleiben. Die neuen Standards müssen sorgsam beobachtet und weiterentwickelt werden. Das Label wird von den Sendern und Förderern selbst vergeben und nicht, wie zum Beispiel in England, von einer unabhängigen Institution. Es gibt zwar eine Prüfstelle, die bei einer der Big-Four Unternehmensberatungen angesiedelt ist. Diese muss aber von den Sendern und Förderern nicht zwingend in Anspruch genommen werden. Für die Zukunft wäre es vielleicht ratsam, über ein unabhängiges Kompetenzzentrum zu diskutieren. Dort könnte Schulung und Forschung im Bereich nachhaltiger Medienproduktion gebündelt werden. <<

Drehen mit dem Lastenfahrrad

Verkehrswende als Sujet und selbst bei der Filmproduktion praktiziert

Eigentlich rauschen sie über eine Autobahn, wenn dieses Wort nicht dem Kern des Ganzen widersprechen würde: Denn hier in Kopenhagen gibt es Fahrräder, soweit das Auge reicht. Tausende Menschen pendeln auf dieser Fahrradschnellstraße tagtäglich zur Arbeit. Mittendrin radelt Johan von Mirbach (Foto) mit ungewöhnlichem Gepäck in seinem Lastenrad: Dort sitzt Frank Kranstedt mit der Kamera über der Schulter und filmt eine Protagonistin ihres Dokumentarfilms. Gemeinsam mit Tonmeister Ralph Gromann auf dem zweiten Lastenrad, das die Technik transportiert, sind sie Teil des Fahrradstroms. Autos: Verboten! „Mit dem Auto“, betont Kameramann Kranstedt, „hätten wir hier überhaupt nicht drehen können!“

Als sich Autor und Regisseur von Mirbach Ende 2020 mit Produzent Valentin Thurn an die Projektvorbereitung macht, soll die Verkehrswende zunächst nur Sujet der Dreharbeiten sein. In ihrem 52-minütigen Dokumentarfilm „Wie gelingt die Verkehrswende?“ wollen von Mirbach und Thurn aufzeigen, wie Großstädte die Mobilität ihrer Bewohner so verändern können, dass sie ökologischer und emissionsärmer ist, weniger Verkehrsopfer fordert und so die Städte attraktiver macht. Von Mirbach fährt selbst seit mehreren Jahren Lastenrad und so kommt ihm im Frühjahr 2021 die Idee: „Lasst uns das Thema des Films auch in der Produktion realisieren!“ Produzent und Kameramann sind sofort Feuer und Flamme. Und von Tonmeister Gromann weiß von Mirbach, dass der ebenfalls ein passionierter Radfahrer ist.

Keine Parkplatzsorgen

„Sonst verbringt man beim Drehen in Großstädten die Hälfte des Tages mit Stau und Parkplatzsorgen“, erzählt Kranstedt, den zudem die Kamerafahrten mit dem Fahrrad reizen. Wenn er von der Idee erzählt, bekommt von Mirbach immer wieder von Kolleg*innen zu hören, dass sie das Experiment wohl nicht mitge-

Foto: Ralph Gromann

macht hätten. „Die Physis sollte nicht unterschätzt werden“, sagt der Regisseur. Viele Dok-Kolleg*innen brächten diese zwar mit, aber eben auch nicht alle. Als Gesamtstrecken kommen da etwas 40 Kilometer zustande. „Du musst das Rad auch halten können, dass es nicht umkippt“, betont er. Die Räder selbst wiegen etwa 30 Kilogramm, beladen kommen nochmal 20 Kilogramm hinzu – und der Mensch an der Kamera. „Beim Dokumentarfilm ist es selbstverständlich, dass wir uns im kleinen Team gegenseitig unterstützen“, erzählt der Regisseur. Kamerabühne hat er auch schon bei Autofahrten übernommen. Auf dem Lastenrad wählt er einen niedrigen Gang, um möglichst stabil zu fahren. Und damit die Bilder gut werden, muss er nah auf die gefilmten Objekte auf- und dann daran vorbeifahren. 20 bis 30 Stundenkilometer kommen da, unterstützt vom Elektro-Akku, durchaus zustande, und damit auch eine große Verantwortung für den Regisseur: „Frank hält die Kamera vor sich und würde einen möglichen Unfall daher viel zu spät sehen.“ Doch Frank Kranstedt fühlt sich vorne im offenen Lastenrad wohl und beim Fahrstil des Regisseurs absolut sicher.

In der Organisation tun sich ein paar Probleme auf: Der erste Dreh findet in Paris statt, die Stringer vor Ort, die die Planung übernehmen, haben zunächst keine Ahnung, wo sie anrufen sollten. Autos lassen sich über die großen Autovermieter leihen, aber Fahrräder? „Der Markt ist noch total jung. Die Preisunterschiede waren unglaublich“, erzählt Produzent Thurn. Und anders als Autovermietungen bieten die noch keine pauschale Versicherung an, die beim Ausleihen einfach mit abgeschlossen werden kann. Letztendlich behilft sich der Produzent über die Filmversicherung, wo die Lastenräder als „Requisiten“ eingestuft werden. Von Mirbach ist überzeugt, dass sich solche Probleme bald besser lösen werden: „Dann wird es völlig selbstverständlich sein, Lastenräder auszuleihen.“ Wegen der Anlaufprobleme finden beim Projekt noch einige Hinfahrten mit dem Taxi statt.

„Kopenhagen ist da, wo Paris hinwill. Kopenhagen ist eine der fortschrittlichsten Mobilitäts-Städte der Welt“, steht im Exposé zum Dokumentarfilm. Und in vieler Hinsicht trifft dies dann auch bei den Dreharbeiten zu. Es ist überhaupt kein Problem, ein Lastenrad zu mieten. Allerdings tritt ein anderes Problem stärker zutage: Die Cases der Lastenräder sind überhaupt nicht normiert. Und noch schlimmer: „Die Verleiher geben beim Vermieten überhaupt keine Größen der Boxen an“, sagt von Mirbach. In ganz viele Boxen passen gerade einmal zwei Wasserkästen, beschreibt Kranstedt. Das reicht für den Familieneinkauf, aber nicht für ein Drehequipment: „Das Case in Paris war perfekt. Wenn in Barcelona das Stativ drin war, haben wir das Case nicht mehr richtig zugekriegt.“ Da haben die Drei dann doppelt Glück, dass es beim Dreh eigentlich nie regnet. „Ansonsten hätten wir improvisiert“, sagt von Mirbach. Bis bei den Boxen die Maße standardisiert sind, müsste man in der Vorbereitung darauf achten, große Boxen zu bekommen. Kranstedt spielt derweil „Tetris“ und nimmt manchmal einfach das Licht auf den Schoß.

Beautyshots beim Vorbeiradeln

Einfach gestalteten sich dafür durch die Lastenräder viele andere Dinge. Während ansonsten bei Drehs große Zeitpuffer für Stau und Parkplatzsuche eingeplant werden, kommt man mit dem Rad auf die Minute genau an, sagt Johan von Mirbach: „Unsere Zeitplanung und die Angaben von Google-Maps stimmen immer.“ Manchmal allerdings, ergibt sich doch ein Grund fürs Zuspätkommen, wenn sie so durch die Städte radeln und sich urplötzlich ein wundervolles Motiv auftut. „Wir erschließen uns die Stadt! Wir wussten vorher gar nicht, dass wir dort drehen wollen“, sagt Kranstedt: „Sonst läuft es so ab: Hinfahren und Parken dauert 40 Minuten, um dann 5 Minuten zu drehen.“ So fährt das Team durch die Ramblas in Barcelona oder am Seine-Ufer entlang oder in die vielen Ecken Kopenhagens, die für den Autoverkehr gesperrt sind. „Für unseren Film ist es besonders wichtig, Teil dieser neuen Mobilität zu sein, und an Plätzen zu drehen, die schon für die Zukunft stehen“, betont von Mirbach. Und auch die Interviewpartner waren sehr positiv überrascht, u.a. Lastenrad-Visionär Hans Fogh aus Kopenhagen oder Johanna Schelle von der Initiative Radbahn in Berlin. „Das hat uns Türen geöffnet“, sagt der Regisseur. Aber je mehr die Verkehrswende voranschreitet, desto mehr wird es auch für Drehs mit ganz anderen Themen wichtig werden, solche Bereiche ohne Autoverkehr befahren zu können.

Das Lastenrad wird künftig noch häufiger bei Dreharbeiten eingesetzt, sind Produzent, Regisseur und Kameramann überzeugt. „Bei schlechtem Wetter und Dreh im ländlichen Bereich stößt man vielleicht an die Grenzen“, sagt Produzent Thurn. „Gerade in Großstädten kommen die Teams damit jedoch schnell an die Drehorte und können so einen Beitrag zum grünen Drehen leisten“, so der Regisseur. Kleines Equipment sei wichtig, aber grundsätzlich fehlt Kameramann Kranstadt nie etwas. Große Potenziale gibt es bei der aktuellen Berichterstattung oder etwa bei Umfragen in Fußgängerzonen.

Ausstrahlung

Die Ausstrahlung des Dokfilms „Wie gelingt die Verkehrswende?“ ist für Anfang 2022 auf ARTE und NDR geplant. Mehr Infos: https://www.thurnfilm.de/

ARTE und NDR als Auftraggeber waren immer von der Idee des Lastenrad-Drehs begeistert, von Mirbach würde sich allerdings wünschen, dass generell das Grüne Drehen noch mehr „promoted“ würde: „Die Sender könnten hier mit gutem Beispiel vorangehen!“ Und auch im fiktionalen Bereich ergeben sich Einsatzmöglichkeiten. „Ein ganzer Tatort-Dreh funktioniert nicht mit Lastenrädern statt mit den handelsüblichen 7,5 Tonnern“, sagt Kameramann Kranstedt. „Aber wenn bislang ein Auto losgeschickt wird, um eine Festplatte oder Komparsenscheine abzuholen, geht das auch mit dem Lastenrad.“ Gerade TV-Sender könnten Lastenräder zur Verfügung stellen, unter anderem der WDR tut dies bereits. Er verfügt derzeit über vier Elektro-Lastenfahrräder. „Sie kommen in den Landestudios Münster, Dortmund, Bonn und am Standort Köln zum Einsatz, wenn Material über kurze Strecken transportiert werden muss. Auch für einen kurzen Dreh in der City werden die Räder gern genutzt“, erklärt Stefan Leppel, Verantwortlicher für den WDR-Fuhrpark. Teilweise würden sie schon heute Teamwagen ersetzen. Lastenfahrer würden jedoch heutzutage nur für geplante Fahrten eingesetzt. „Kurzfristige Einsätze aufgrund plötzlich auftretender aktueller Sendeereignisse, z. B. vom Norden der Stadt schnell in den Süden der Stadt „radeln“ und dort mit der Kamera Videos vom Ereignis drehen, ist schwierig. Hier kommen dann doch wieder Teamwagen zum Einsatz; aber diese immer häufiger elektrisch“, so Leppel. Kameramann Kranstedt kann sich auch gut vorstellen, dass Filmtechnikverleiher solche Räder anschaffen.

Gisela Wehrl <<

Mehr als heiße Luft

Grünes Licht für Nachhaltigkeit auch in der Werbefilmproduktion

Schon alleine, wenn man das Wort Marketing hört, wird man hellhörig. Zu oft zeigt die Erfahrung, dass hinter der Werbemessage oft nichts anderes steckt als heiße Luft. Schwer zu glauben, dass neuerdings auch nachhaltige Werbeagenturen wie Pilze aus dem Boden sprießen, die es wirklich ernst mit der ökologischen Umsetzung meinen. Denn schließlich gibt es da ja auch noch das „Greenwashing“ – Unternehmen, die sich der Nachhaltigkeit als Marketing-Strategie bedienen, um zum Zwecke der Umsatzsteigerung der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu verkaufen. Ein gutes Beispiel hierfür lieferte erst kürzlich Nike. Obwohl der Sportartikelhersteller ganz groß auf seiner Homepage mit der Nachhaltigkeitskampagne „Move to Zero“ wirbt, schreddert der Konzern im stillen Kämmerlein Neuware. Ein Skandal, aber nichts Neues, wenn man mal hinter die Kulissen von Unternehmen blickt. In diesem Beitrag nimmt M zwei Berliner Werbefilmproduktionen unter die Lupe, die sich auf nachhaltige Prozesse konzentrieren: „Pineroot“ und „SpatzInDerHand.de“

Die Gründer von Pineroot, Johannes Kaczmarczyk und Vanouch Balian, haben sich erst frisch zusammengetan. Im November 2020 starteten sie ihre nachhaltige Filmagentur. Ihr Fokus: Werbefilme und Branded-Content. Ihr Standort: Haus der Demokratie und Menschenrechte. Ihre Kunden: Gleichgesinnte Unternehmen und NGOs, die sich bewusst für die Umwelt, ökologisches Wirtschaften und das Gemeinwohl stark machen. Zusammen mit ihrer Mitarbeiterin und Junior-Producerin Kim Höbel setzen sie ihren Vermarktungsschwerpunkt auf soziale Medien wie YouTube, Instagram, LinkedIn und Facebook. Pineroot besteht insgesamt aus einem Kern-Team von drei Kreativen, die je nach Projektbedarf Freelancer aus ihrem festen Netzwerk hinzubuchen. Kaczmarczyk und Balian waren zuvor über zehn Jahre im klassischen Filmbusiness tätig. Erfahrungen konnten sie dabei viele sammeln – manchmal ging das leider auch mit schlechten Arbeitsbedingungen einher: unausgeglichene Überstunden am Filmset, Unterbezahlung, familienfeindliche Strukturen und sinnlose Verheizung von ökologischen Ressourcen. Deshalb ist es ihnen heute so wichtig, soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit mit ihrem Unternehmen ins Gleichgewicht zu bringen. Dazu gehört aber eben auch, ihre Kunden immer wieder aufs Neue einer grünen Prüfung zu unterziehen. Doch wie entlarvt Pineroot „Greenwasher“? Aktuell hinterfragen sie im Team ihre (potenziellen) Auftraggeber*innen kritisch in Gesprächen, schauen sich Veröffentlichungen an und achten beispielsweise bei Lebensmittelherstellern auf die Kennzeichnung durch Bio-Labels.

Des Weiteren entwickeln sie eine detaillierte Checkliste, die sich an den Kriterien und den 17

Zielen der Agenda 2030, den Sustainable Development Goals, kurz SDGs, orientiert. Und, sollte Pineroot einmal feststellen, dass ein*e Kunde*in noch nicht im Kopf auf Grün umgeschaltet hat, wird Überzeugungsarbeit geleistet. Das war beispielsweise in der Vergangenheit einmal der Fall, als es ums vegetarische Catering ging. Ihr Auftraggeber schien zunächst überrascht von der Idee, ließ sich letztendlich jedoch darauf ein. Das zeigt, wieviel gerade noch beim Thema Ernährung umgedacht werden muss. Die Muss-Regel der ökologischen Mindeststandards von „Green Motion", mindestens an einem Tag pro Woche rein vegetarisches Essen anzubieten, greift ihnen daher noch zu kurz. Vielmehr sollten Unternehmen intern für die nachhaltige Ernährungsweise sensibilisieren, indem die Arbeitgeber ihre Angestellten darüber aufklären.

Günstiger als ein Fuhrpark

Die Investition in erneuerbare Energien rentiere sich nicht nur aus moralischen Gründen, sondern lohne sich auch ökonomisch längerfristig. Das Vorurteil, dass es teurer sei, nachhaltig Filme zu produzieren oder im Allgemeinen umweltfreundlich zu handeln, können sie nicht teilen. Schließlich sei es, sofern es das Projekt zulässt, günstiger, mit geliehener Filmtechnik und Sackkarre in die U-Bahn zu steigen, mit dem Zug zu verreisen oder ein Elektroauto zu mieten als einen großen Fuhrpark zu unterhalten. Vorausgesetzt es wird, wie in den meisten Fällen, in einem Umkreis von 1.000 Kilometern gedreht. Flüge gilt es für die grüne Filmproduktion, wo es nur geht, zu vermeiden. Dass es in seltenen Ausnahmefällen dazu kommen kann, wollen sie nicht ausschließen. Sollte dies einmal der Fall sein, wird das Team seine Emissionen kompensieren. Wo hingegen laut der nachhaltigen Werbefilmagentur noch der größte Optimierungsbedarf in ihrem Unternehmen besteht, antwortete Pineroot, sei die Filmtechnik. Darauf hätten sie nur wenig Einfluss, da es auf dem Markt noch keine hundertprozentigen nachhaltig produzierten Lösungen gäbe.

Genau aus diesem Grund verzichtet der Solo-Selbstständige, Marc Tort Bielefeld, komplett auf Kameraequipment, Drehorte und Transporte. Seit 2017 konzentriert er sich mit „SpatzInDerHand.de" auf die Produktion von umweltfreundlichen Videos für gemeinnützige Unternehmen und Vereine. Zu seinen Kund*innen zählt unter anderem das grüne und soziale IT-Unternehmen AfB. Für Fridays For Future kreiert er sogar ehrenamtlich Filme. Denn der Begriff Umwelt schließt für Bielefeld auch immer Menschen, also soziale Themen mit ein. Bei der Produktion seiner Videos bedient er sich ausschließlich aus bereits vorhandenem Material – ganz gleich, ob Stock-Footage, Produktfotos, einem alten Imagefilm oder einer Logodatei. Zudem motiviert er seine Auftraggeber*innen, selbst mit ihren Smartphones zu filmen, um eine Alternative zur Nutzung von Stock-Material zu finden. Bielefeld recycelt existierende Medien und bastelt daraus einen neuen Produkt-, Erklär-, oder Imagefilm.

Ähnlich wie bei den beiden Pineroot-Gründern kam ihm die nachhaltige Idee, nachdem er fünf Jahre als Cutter für eine größere Filmpostproduktion in Düsseldorf gearbeitet hatte. Sein damaliger Arbeitgeber spezialisierte sich auf TV-Werbung. In dieser Zeit ist Bielefeld negativ aufgefallen, wie viele Ressourcen und Budgets in der Medienbranche verheizt werden. Oft aus nur einem Grund – im folgenden Jahr noch höhere Etats freigegeben zu bekommen. Als er damals dort arbeitete, wurde beispielsweise für einen Waschmittelhersteller eine ganze Filmcrew nach Südafrika geflogen, nur, um eine einzige Werbespot-Szene zu filmen. Aber auch über den enormen Einsatz von Pestiziden bei Nachtdrehs berichtet er. Das wollte er nicht länger hinnehmen. So kam ihm die Idee, Videomaterial wiederzuverwerten und unter der Nutzung von erneuerbaren Energien umzusetzen. Zuhause bezieht er zertifizierten Ökostrom von den Bürgerwerken und verzichtet, soweit es möglich ist, auf Papier. Und, wenn er doch mal zum Zettel greifen muss, nutzt er recyceltes Papier. Seit der Kindheit lebt Bielefeld vegetarisch bzw. seit drei Jahren vegan und legt großen Wert auf eine nachhaltige Ernährung. So kauft er überwiegend bei SIRPLUS ein – ein Supermarkt, der überschüssige oder (fast) abgelaufene Lebensmittel rettet. Auch auf Büroräume verzichtet er, obwohl er hin und wieder auch auf ein Team von Freelancern zurückgreift. Ein wichtiger Punkt, denn durch das ausschließliche Arbeiten im Remote spart er zusätzlich Emissionen ein.

Die Grenzen der Idee

Auf die Frage, wie er sich sicher sein könne, ob das bereits bestehende Material selbst nachhaltig produziert sei, gibt er offen zu, dass er das nicht könne. Das sei die Grenze seiner Idee, an deren Optimierung er aber noch tüfteln wolle. Ein großes Problem sei nämlich die Energienutzung der Stock-Anbieter zu durchschauen: Das Betreiben von Servern und Bereitstellen der großen Datenmengen verbrauche sehr viel fossile Energie und durch den Wechsel auf erneuerbare, könne man diesen Nachteil lösen. Um diese Grenze seiner Arbeit auszugleichen, kompensiert er momentan projektbezogen, indem er beispielsweise über PRIMAKLIMA e.V. Bäume pflanzen lässt.

Fazit: Ähnlich wie beim „Green Motion"-Label ist bei den beiden nachhaltigen Werbefilmproduktionen ein bisschen Luft nach oben. Die nachhaltigen Konzepte könnten an der einen oder anderen Stelle noch ein wenig weitergedacht werden, wie sich Pineroot und SpatzInDerHand.de selbst eingestehen. Das wiederum beweist ihre Authentizität und überzeugt mit Ehrlichkeit. Schließlich geht es nicht darum, perfekt sein zu wollen, sondern umweltfreundliche Lösungen in der Medienbranche zu schaffen und transparent zu sein.

Nadine Pustelnik <<

Dreharbeiten für die vierteilige Film-Reihe „Die Suffizienzdetektive" im Auftrag der Deutschen Umweltstiftung, gefördert vom Umweltbundesamt, sowie Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Foto: Pineroot

Männerüberschuss im Film

Noch ein Stück Weg zur Geschlechtergerechtigkeit vor und hinter der Kamera

Männerüberschuss in der deutschen Film- und TV-Branche: Obwohl es in der jüngsten Zeit Verbesserungen gab, kann von einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis von Frauen und Männern vor und hinter der Kamera noch immer keine Rede sein. Daran wird auch die Novelle des Filmförderungsgesetzes voraussichtlich nichts ändern – das sagt eine Regisseurin, die seit Jahren für ein Umdenken in ihrer Branche kämpft. Denn weibliche Filmemacherinnen begegnen noch immer massiven Vorurteilen.

Esther Gronenborn ist Regisseurin und Mitglied im Vorstand von Pro Quote Film

Foto: Birgit Gudjunsdottir

Vom neuen Filmförderungsgesetz (FFG) verspricht sich die Bundesregierung „zukunftsrelevante gesellschaftspolitische Weichenstellungen“ – nicht nur in Sachen Nachhaltigkeit, sondern auch in der Geschlechtergerechtigkeit. Schon lange kämpft etwa der Verein Pro Quote Film für gleichberechtigte Teilhabe und mehr Diversität in der Filmbranche. Auf die aktuelle Novellierung des FFG hatte Esther Gronenborn, Regisseurin und Mitglied des Vorstands von Pro Quote Film, große Hoffnungen gesetzt – und wurde enttäuscht. „Mit Erschrecken“ habe man feststellen müssen, dass die Gesetzesvorlage die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Diversität „fast vollständig ignoriert“, heißt es in ihrem Statement zur öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses.

Die Neufassung des Gesetzes sieht zwar vor, dass Gremien der Filmförderungsanstalt paritätisch besetzt werden – Geschlechtergerechtigkeit soll nun im Präsidium und im Verwaltungsrats der FFA gelten. Doch wesentliche Forderungen von Pro Quote Film, allen voran die nach einer 50/50-Genderquote bei der Vergabe von Fördermitteln, haben es nicht in die Novelle geschafft. Pro Quote Film fordert weiterhin Gender Incentives und Genderbudgeting als Anreiz für Filmproduktionen, mehr Frauen in die Teams zu holen. Zu den Forderungen gehört auch die Einführung verpflichtender Diversitätsstandards nach dem Vorbild der Diversitätscheckliste der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein. Aufgrund der Corona-Pandemie gilt die Gesetzesnovelle nur für zwei Jahre.

Sophie Charlotte Rieger ist Chefredakteurin des feministischen Filmmagazins „Filmlöwin“

Foto: Wiebke Detemple

Ob Kinofilm oder Fernsehkrimi: Deutsche Film- und Serienproduktionen sind in der überwiegenden Mehrheit das Werk von Männern. Nur jeder fünfte Kinofilm aus dem Jahr 2018 wurde von einer Frau inszeniert, wie der aktuelle Diversitätsbericht des Bundesverbands Regie zeigt. Ganz ähnlich sieht es im TV aus: Bei lediglich 20 Prozent aller fiktionalen Sendeminuten bei ARD und ZDF hat eine Frau Regie geführt, etwas höher ist der Anteil bei den Privatsendern. Neuere Zahlen will der Verband anlässlich der Berlinale im kommenden Jahr veröffentlichen.

Diese Ergebnisse sind umso bemerkenswerter vor dem Hintergrund, dass das Geschlechterverhältnis beim Regie-Nachwuchs nahezu ausgeglichen ist: Fast 45 Prozent der Absolvent*innen der Filmhochschulen sind Frauen. Doch als Regisseurin arbeitet später nur etwa die Hälfte von ihnen. Bei den Männern hingegen gibt es zusätzlich zu den Regie-Absolventen eine hohe Zahl an Quereinsteigern, die sich als Regisseure etablieren können. Das bedeutet: Vielen qualifizierten Frauen gelingt es nicht, in ihrem Beruf Fuß zu fassen – weniger qualifizierten Männern hingegen schon.

Zweifel an Frauen in der Regie

Gerade in der Regie würden Frauen oft als Risiko betrachtet, sagt Regisseurin Esther Gronenborn. Es werde angezweifelt, dass Frauen sich am Set durchsetzen könnten, dass sie der Führungsposition gewachsen seien. Hinzu komme, dass es in der Branche noch immer kein Verständnis dafür gebe, dass Frauen, die Kinder bekommen, oft keinen so stringenten Lebenslauf vorweisen könnten wie ihre männlichen Kolle-

gen. Gronenborn, selbst Mutter, sagt, es sei nach der Pause schwer gewesen, sich wieder zu etablieren. „Das war wie von vorne anfangen."

Wer Filme und Serien inszeniert, wer die Drehbücher schreibt – das hat einen Einfluss auf den Inhalt und die Bildsprache. „Je mehr Frauen hinter der Kamera verantwortlich sind, desto mehr Frauen sehen wir auf dem Bildschirm", sagte Elizabeth Prommer im vergangenen Jahr in einem Gespräch mit NDR Info. Prommer ist Professorin für Medienwissenschaft an der Universität Rostock und hat zahlreiche Studien zur Rolle von Frauen vor und hinter der Kamera veröffentlicht.

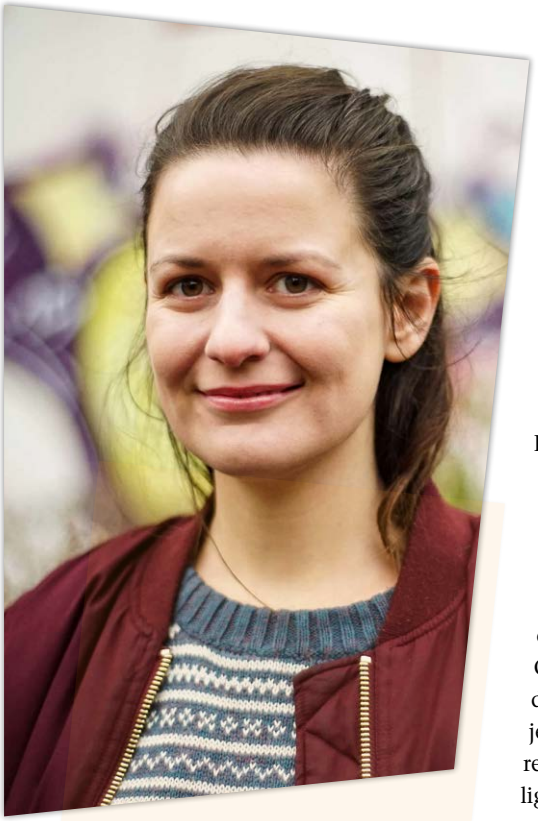
Laut einer aktuellen Studie von Prommer kommen im deutschen Fernsehen im Schnitt auf eine Frau rund zwei Männer – das gilt über alle TV-Vollprogramme und Genres hinweg. Positive Entwicklungen sieht die Studie bei fiktionalen Produktionen – hier war im vergangenen Jahr das Geschlechterverhältnis fast ausgewogen. Bei reinen Informationsformaten sind es allerdings mit über 70 Prozent noch immer vorwiegend Männer, die den Zuschauer*innen die Welt erklären.

Die mangelnde Sichtbarkeit betreffe nicht nur Frauen, wie Sophie Charlotte Rieger, Chefredakteurin des feministischen Filmmagazins „Filmlöwin", mit Bezug auf die deutsche TV- und Kinolandschaft betont: „Es fehlen Frauenfiguren, es fehlen Figuren of Color, es fehlen Figuren mit Behinderung, es fehlen migrantische Figuren. Die bräuchten wir aber, um Gesellschaft einigermaßen fair abzubilden und allen Menschen die Möglichkeit zu geben, eine Identifikationsfigur zu finden."

In Sachen Gendergerechtigkeit gibt es erste Bemühungen der Fernsehbranche, wenn auch vorsichtige. Die ARD-Tochter Degeto beschloss 2015 zum Beispiel eine Zielvorgabe, die vorsieht, dass in mindestens 20 Prozent der Filme eine Frau Regie führt. Damit reagierte Degeto auf Forderungen von Pro Quote Regie, dem Vorgängerverein von Pro Quote Film. Auch beim „Tatort" sitzen nach einer entsprechenden Regelung immer mehr Frauen im Regiestuhl, zuletzt sogar deutlich mehr als die vereinbarten 20 Prozent. Das ZDF hingegen legte ein Förderprogramm für Frauen auf – für Serienproduktionen am Vorabend.

Der Kultursender ARTE setzte ebenfalls auf Nachwuchsförderung und startete den Kurzdokumentarfilm-Wettbewerb „Regisseurin gesucht", mit dem Ziel, der Gewinnerin einen Entwicklungsvertrag für einen längeren Dokumentarfilm anzubieten. Das zog massive Kritik nach sich. Ein wesentlicher Vorwurf: Der Sender ignoriere die Tatsache, dass es bereits mehrere Generationen qualifizierter Regisseurinnen gebe. Als Reaktion gründete sich ein Netzwerk, das einen entsprechenden Namen trägt: #wirwarenimmerda.

„Gleichstellung ist nicht gleich Nachwuchsförderung, das sollte man nicht miteinander vermengen", sagt Regisseurin Gronenborn. Die ARTE-Ausschreibung sei ein Beweis dafür, dass eine wirkliche Teilhabe von Frauen hinter der Kamera nicht existiere. „Es hat sich nicht so viel getan, wie es den Anschein hat." Ähnlich äußert sich Filmkritikerin Rieger: „Aktivistisch hat sich viel getan, aber faktisch nicht."



Lisa Miller ist Regisseurin, Drehbuchautorin und Künstlerin. Ihr Film „Landrauschen" gewann den Max Ophüls Preis als bester Film.

Foto: Hannes Kempert

Das Bewusstsein für das Thema nehme zwar zu, Frauen und queere Personen bildeten zunehmend Netzwerke, um für mehr Sichtbarkeit zu kämpfen. Doch oft blieben die Filmemacher*innen und Aktivist*innen bei Netzwerktreffen und auf Panels unter sich. „Es ist grundsätzlich in Deutschland ein großes Problem, dass die Leute, die Macht und Geld haben, sich komplett aus dem Thema raushalten", sagt Rieger.

Die Filmförderungsanstalt veröffentlicht seit einigen Jahren Zahlen dazu, wie die Fördergelder auf die Geschlechter verteilt sind. 2020 ist der Anteil an geförderten Filmprojekten, an denen Frauen in den Bereichen Regie und Produktion beteiligt waren, deutlich gestiegen. 24 Prozent der Filme wurden von Produzentinnen verantwortet, weitere 47 Prozent von einem gemischten Team an Produzent*innen. Knapp über 30 Prozent der Filme entstanden unter rein weiblicher Regie – trotz gestiegener Zahlen sind die Männer hier also noch in der Überzahl. Die Zahl der Autorinnen von Drehbüchern hat 2020 im Vergleich zum Vorjahr abgenommen.

Hohe Hemmschwelle bei Förderung

Das Problem beginnt früh: Die Hemmschwelle ist oft so hoch, dass Frauen ihre Filme in vielen Fällen noch nicht einmal bei den Förderanstalten einreichen. Häufig, so Gronenborn, wollen die Förderinstitute schon beim Antrag eine Firma sehen, die den Film produziert. Aber: „Es ist sehr schwer, eine Produktionsfirma zu finden, die an das Projekt und an die Frau glaubt." Eine Erfahrung, die auch die Regisseurin, Drehbuchautorin und Künstlerin Lisa Miller gemacht hat. 2018 hat sie ihren ersten Kinofilm „Landrauschen" herausgebracht. Für eine Förderung habe sie den Film gar nicht erst eingereicht, berichtet Miller. Sie habe Vorgespräche mit den Förderanstalten geführt, aber da sei ihr signalisiert worden, dass sie keine guten Aussichten habe. Sie gründete eine eigene Produktionsfirma und finanzierte den Film mit Crowdfunding und Sponsor*innen – ein gewaltiger Kraftakt, wie sie selbst sagt, und kein Modell, das auf Dauer funktioniere.

Doch die Anstrengung wurde belohnt: „Landrauschen" gewann mehrere Preise, darunter den Max Ophüls Preis als bester Film. 2018 wurde Millers Film auf der Berlinale gezeigt – ein Erfolg für die junge Filmemacherin. Von diesem Tag in Berlin ist ihr allerdings auch eine Frage in Erinnerung geblieben, über die sie sich bis heute wundert: „Drei verschiedene Leute haben mich an einem Tag gefragt, ob ich das weitermachen möchte." Eine Erfahrung, die offenbar keine Seltenheit in der Branche ist: „Bei Frauen werden Erfolge nicht so hoch bewertet wie bei Männern", sagt Regisseurin Gronenborn. „Gelingt einer Frau ein guter Film, wird das eher als Zufall wahrgenommen."

Sarah Schaefer <<

Das Label allein reicht nicht

Die Vielfalt einer Gesellschaft neben dem Mainstream im Film

„Diversity“ ist ein Schlagwort, das vor allem mit Blick auf Geschlecht und sexuelle Orientierung zum Standard im Kanon der „Political Correctness“ gehört. Aber es ist eigentlich noch viel mehr: der Blick auf ethnische und soziale Herkunft, auf Menschen mit Handicaps und auf eben alle Gruppen, die die Vielfalt einer Gesellschaft neben dem Mainstream ausmachen. Dieser Fokus hat sich in der Pandemie bei TV-Sendern und Streamingportalen noch einmal verstärkt.

„Besonders verliebt“ zeigt Menschen mit Behinderung auf der Suche nach ihrem ganz persönlichen Glück.

Foto: RTL

Inzwischen haben sich pflichtschuldigst alle Medienunternehmen das Label „Diversity“ verpasst. Es sei zwar ein „schrecklich“ einfacher Begriff, formuliert es Sarah Muller von der BBC, aber eben genauso einer der wichtigsten. Doch steckt auch immer drin, was draufsteht? Gut, es gibt den libanesischen Chefarzt „Dr. Ballouz“ in der Uckermark, den Protagonisten mit Down-Syndrom wie in der kanadischen Serie „White Night“ und einige mehr. Aber wahrscheinlich geht es noch besser. Der Bedarf ist jedenfalls groß. Das diagnostiziert Lucy Smith: „Inklusive Inhalte wurden in der Corona-Zeit deutlich mehr produziert und nachgefragt.“ Als Chefin der weltgrößten Fernsehmesse MIPCOM hat sie den globalen Überblick. Während des alljährlichen Programmmarkts in Cannes, der im Oktober stattfand, gab es mehr Angebote für das Genre als zuvor. Und Auszeichnungen: Der International Kids Emmy Award beispielsweise ging an die australische Produktion „First Day“. Die Geschichte um ein Highschool Trans Mädchen wurde anlässlich der Messe in Südfrankreich als beste Miniserie ausgezeichnet. Und auch die vierten MIPCOM Diversify TV Excellence Awards gaben einen Querschnitt über das, was in der Fernsehwelt aktuell passiert – angefangen bei einer Doku über Gehörlose in Zeiten des Lockdowns über die Serie „It’s a sin“, die das Leben junger Schwuler im London der 80er protätiert, bis hin zur Komödie „Dreaming Whilst Black“, wo es um die Erlebnisse eines jamaikanischen Filmemachers geht.

Bereits kurz zuvor hatte das Radio Programm „Toggo“ von Super RTL für seine Anti-Rassismus-Woche „Zusammen sind wir bunt“ den deutschen Radiopreis 2021 erhalten. Die kürzlich gesendete Reihe über mentale Gesundheit von Kindern habe, so Senderchef Thorsten Braun in Cannes, ebenfalls eine „Riesenresonanz“ gehabt: „Es ist ganz klar, dass wir solche Inhalte, auch wenn wir ein kommerzieller Sender sind, viel stärker in unser Fernsehprogramm bringen werden. Gesellschaftliche Verantwortung wollen und müssen wir noch deutlicher wahrnehmen.“

Bemerkenswerte Kluft

Ein aktueller Bericht von Common Sense Media in den Vereinigten Staaten stellt fest, dass es eine bemerkenswerte Kluft zwischen der Vielfalt gibt, die Eltern und Kinder in den Filmen und Fernsehprogrammen abgebildet sehen möchten, und dem, was sie dann tatsächlich zu sehen bekommen.

Das unabhängige US-Forschungsnetzwerk, das die Bedürfnisse von Familien im Blick hat, belegte mit seiner Umfrage, dass sich knapp 80 Prozent der Eltern wünschen, dass ihr Nachwuchs in den Medien mehr über Kulturen, Religionen und Lebensstile erfährt, die sich von ihren eigenen Lebensumständen unterscheiden. Konträr dazu zeigte die Datenlage aber auch eklatante Diversitätsprobleme auf: Farbige Menschen in Film- und Fernsehrollen seien über alle Medienplattformen weiterhin unterrepräsentiert und falsch dargestellt. So würden beispielsweise farbige Charaktere in Serien für Kinder im Alter von zwei bis 13 Jahren, eher als gewalttätig dargestellt, während Frauen aller ethnischen Gruppen in Erwachsenenprogrammen häufig in sexualisierten Rollen auftauchten.

Woran es liegt, dass das Thema in Streaming sowie TV seit letztem Jahr noch einmal Fahrt aufgenommen hat, ist nicht eindeutig zu klären, aber die Pandemie hat so manche marginale Gesellschaftsgruppe wesentlich stärker getroffen als den Rest der Bevölkerung. Anlässlich der MIPCOM haben noch einmal fast alle Programmverantwortlichen Großbritanniens klar gemacht, dass bei ihnen Inklusion und Diversity ganz oben auf der Agenda stehen.

Gezeigt hatte das schon im September die Ankündigung von BBC und Netflix „in einer bahnbrechenden Partnerschaft“ neue Dramen mit behinderten Kreativen vor und hinter der Kamera zu entwickeln und zu finanzieren. Gehörlose, behinderte und neurodivergente Schöpfer seien einige der am wenigsten vertretenen Gruppen im Fernsehen in Großbritannien. „Diese Tatsache wollen wir ändern“, kündigte UK Netflix Vize-Chefin Anne Mensah an. Und Piers Wenger von der BBC ergänzte: „Wir erkennen die Notwendigkeit von Veränderungen an und hoffen, dass wir durch die Zusammenarbeit ein Finanzierungsmodell geschaffen haben, das dazu beiträgt, die Wettbewerbsbedingungen für Kreative aus diesen Gruppen zu verbessern.“

Plattform mit Respekt

Dass der angloamerikanische Markt in diesem Bereich schon länger innovativ vorangeht, belegt auch die Vox-Reihe „Besonders verliebt“, die im Oktober gestartet und eine Adaption der neun Jahre alten britischen Reality-TV-Serie „The Undateables“ ist. Die Datingshow begleitet Singles, die es eben nicht so einfach haben, das richtige Date zu finden: Sie alle haben ein Handycap. Im Zuge des Formats zeigen die Protagonist*innen „auch ihre Welt und teilen mit uns ihre Erfahrungen, wie es ist, mit einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung zu lieben und zu leben“, artikuliert es VOX-Chefredakteur und Unterhaltungschef Marcel Amruschkewitz. Die Quoten seien bisher „leider“ etwas unter den Erwartungen geblieben. Ob es mit „Besonders verliebt“ weitergehen wird, ist noch nicht entschieden. Aber Zuschauerreaktionen wie „Ich finde es richtig und wichtig, dass ihr diesen Menschen eine Plattform auf Augenhöhe und mit Respekt gebt“ oder „So eine wunderschöne Sendung. Kriege ich Muskelkater im Gesicht vom vielen Grinsen. Echt herzerwärmend“ bestärken die Senderverantwortlichen in der Überzeugung, das richtige zu tun.

Ob es mit „Besonders verliebt“ weitergeht, ist ungewiss. Die Quoten seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben, heißt es bei VOX.

Foto: RTL

Für Amruschkewitz ist vollkommen klar, dass der offensichtliche gesellschaftliche Wandel und die wachsende Bedeutung des Themas mit entsprechenden Programmen unterstützt werden muss. Dass das zu einer schmalen Gratwanderung zwischen Anspruch, Trash und Klischee werden kann, zeigt die Diskussion zum Start des britischen Originals. Denn es hagelte Kritik: Als „anstößig“ und „ausbeutend“ schätzten etwa Ärzte die Sendung ein. Eine Akteurin fand diese Sicht beleidigend, da ihr das Urteilsvermögen abgesprochen würde, selbst zu entscheiden, was gut für sie ist: „Nur weil ich entstellt bin, bin ich nicht dumm.“ Genau das ist wohl der Punkt: Über Betroffene sollte in den Medien weniger gesprochen werden, sondern sie sollten selbst mehr zu Wort kommen. Und das geht am besten übers Storytelling, wie Riz Ahmed anlässlich der Diversify Excellence Awards in seiner Dankesrede betonte: „Es ist das wichtigste Mittel, um uns miteinander zu verbinden.“ Der Schauspieler und Aktivist wurde an der Cote D‘Azur für sein jahrelanges Engagement geehrt. **Wilfried Urbe <<**

Anzeige

HERBERT VON HALEM VERLAG

Komplettes Programm unter https://www.halem-verlag.de

Stephan Russ-Mohl (Hrsg.)

Streitlust und Streitkunst. Diskurs als Essenz der Demokratie

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 3
2020, 472 S., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN (PRINT) 978-3-86962-552-2 | 28,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-553-9 | 23,99 EUR
ISBN (EPUB) 978-3-86962-555-3 | 23,99 EUR

Stephan Russ-Mohl / Christian P. Hoffmann (Hrsg.)

Zerreißproben. Leitmedien, Liberalismus und Liberalität

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 4
2021, 256 S., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN (PRINT) 978-3-86962-535-5 | 23,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-538-6 | 19,99 EUR
ISBN (EPUB) 978-3-86962-532-4 | 19,99 EUR

Marco Bertolaso

Rettet die Nachrichten! Was wir tun müssen, um besser informiert zu sein

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 6
2021, 358 S., Broschur, 190 x 120 mm, dt.

ISBN (PRINT) 978-3-86962-493-8 | 25,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-494-5 | 21,99 EUR
ISBN (EPUB) 978-3-86962-520-1 | 21,99 EUR

Fotojournalist Alfred Denzinger bei der Arbeit auf einer Demo Rechtsextremer mit großem Polizeiaufgebot.

Foto: beobachternews

Im Fadenkreuz der rechten Szene

Hetze gegen Journalist*innen im Internet konsequent strafrechtlich verfolgen

Journalist*innen kommen der rechten Szene in die Quere, wenn sie deren demokratiefeindliches Treiben und ihr nationalsozialistisches Gedankengut offenlegen. Das aber ist ihr Job. Die Folge sind häufig Bedrohungen, Beschimpfungen, Hetze, mitunter körperliche Gewalt gegen die Berichterstatter*innen. Einer, der das seit Jahren erfährt und sich dagegen wehrt, ist der Stuttgarter Fotograf, Herausgeber und Chefredakteur der „Beobachter News“ Alfred Denzinger. Das journalistische Portal aus dem Remstal berichtet über die politischen Bewegungen im Südwesten Baden-Württembergs. Im Fokus: Demonstrationen und Proteste gegen Nazi-Aufmärsche und andere Aktionen der rechten Szene. Aber auch Aktionen für Flüchtlinge, Wahlkämpfe, Streiks, Bundeswehr-Gelöbnisse, Blockupy-Aktionen oder Polizeiaktionen sind Themen des Online-Mediums.

Aufgrund der kritischen Berichterstattung geriet Denzinger schnell ins Fadenkreuz der rechten Szene und der Reichsbürgerbewegung. Er erhielt Morddrohungen. Die Täter beschmierten sein Haus mit Farbe, zerstachen die Reifen seines Autos und sprühten im Umfeld seines Wohn- und Arbeitsortes Parolen wie „Denzinger jagen“. Gefasst wurden die Täter nie. Anfang 2020 setzte ein einzigartiger Shitstorm gegen den kritischen Journalisten ein, gepaart mit einer existenziell bedrohlichen Lage. Ausgangspunkt war der Aufruf des AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räpple zu einer Demonstration gegen den SWR und seine Beschäftigten in Baden-Baden am 4. Januar 2020. Räpple tönte dabei von „Zwangsgebühren für linke Propaganda“. Auch der Freiburger Rechtsanwalt und AfD-Mann Dubravko Mandic hetzte in hämischem und hasserfüllten Ton gegen die SWR-Beschäftigten, verhöhnte und bedrohte sie. In Köln fand parallel eine AfD-Demonstration gegen den WDR statt.

Aufgerufen von ver.di, dem DGB, der Linken, Attac, DJV, SPD und Grünen gab es in Baden-Baden eine machtvolle Gegendemonstration – für unabhängige Medien und gegen die Bedrohung von Journalist*innen durch Rechtsextreme. Unter anderem Mandic hatte die Journalisten vor Ort im Blick und behauptete, die Pressefotografen am Rande ihrer Kundgebung seien Antifa-Fotografen, unter ihnen Alfred Denzinger. Offenbar von rechten Demonstranten animiert, stellte der Einsatzleiter der Polizei vor Ort die Personalien des Chefredakteurs der „Beobachter News“ fest – eine „Präventivmaßnahme“, hieß es zur Begründung. Eine Rechtsgrundlage habe es für dieses Vorgehen mitnichten gegeben, sagte Denzinger.

Verlängerter Arm rechter Gewalttäter

„Wir erwarten von Polizei und Staatsanwaltschaft, dass die Drohungen der Rechtsextremen gegen Journalist*innen ernst genommen werden und dass diejenigen, die solche Mordaufrufe im Internet veröffentlichen, konsequent strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden“, forderte der baden-württembergische ver.di-Landesfachbereichsleiter Medien Siegfried Heim. Die Polizei müsse gerade während Demonstrationen dafür sorgen, dass Journalist*innen ihrer Arbeit ungehindert nachgehen können, betonte Heim in einer Medieninformation vom 14. Januar 2020. Die in Baden-Baden vorgenommene Personenkontrolle beim Mitglied der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju in ver.di) Alfred Denzinger sei nicht nur unnötig gewesen, sondern eine grundlose Schikane, bei der sich die Polizei zum verlängerten Arm der rechtsextremen Verbal-Gewalttäter gemacht habe. Heim verwies darauf, dass die dju in ver.di bereits im August 2018 schriftlich bei Innenminister Strobl (CDU) gegen derartiges Vorgehen gegen Journalist*innen protestiert habe.

Info

Mehr Informationen:
beobachternews.de

Auf Facebook tauchte ein Steckbrief Denzingers auf. Der wurde dort mehr als 2.500 Mal geteilt und auch über andere Kanäle wie auf dem von deutschen Rechtsextremisten intensiv genutzten russischen sozialen Netzwerk „VK“, über Telegram, Twitter … verteilt. „Beobachter News“ geht von etwa 10.000 Posts, Tweets und Likes aus. Tausendfach wurden Porträtfotos des Fotografen – und andere, die ihn u.a. mit seinem Sohn zeigen – sowie vom Journalisten fotografierte Demo-Bilder verbreitet, natürlich ohne dessen Genehmigung und versehen mit verlogenen Kommentaren. Dazu kommen völlig haltlose und irrige Vorwürfe, beispielsweise: Er fotografiere gezielt AfD-Einzelpersonen mit Teleobjektiv, um diese bei ihren Arbeitgebern zu denunzieren: „So wie hier bei der AfD-GEZ-Demo am 4.1.20 in Baden-Baden!“. Des Weiteren diffamierende Kommentare und Androhungen körperlicher Gewalt – bis hin zu Morddrohungen. Denzinger wird beschimpft als „Parasit“, „Rädelsführer“, „Denunziant“

AfD-Mann Mandic (li.) hetzte in Baden-Baden gegen Beschäftigte des SWR. Auch AfD-Abgeordneter Räpple (re.) kam noch zu Wort, um gegen den Rundfunk zu giften.

Foto: Wolfgang Weichert

…, auf einer Liste der „Volkverräter“ geführt. Seine Adresse wird ins Netz gestellt. Man droht ihn „abzuknallen“, die „Hütte ab(zu)fackeln, das Auto auch“ und fragt „Warum lebt so ein Genmüll dann noch. Kann er keinen Unfall haben?“

Alfred Denzinger beschließt, sich auch juristisch zu wehren und stellt Strafanzeige gegen etwa 320 Personen. Rund 250 Ermittlungsverfahren werden eingeleitet, davon 150 ohne und 15 mit Auflagen eingestellt. Etwa 130 Verfahren laufen noch. Inzwischen kam es zu Gerichtsverhandlungen in Berlin und Waiblingen.

Berlinerin der Beleidigung überführt

Zu den vielen, die Beschimpfungen und Beleidigungen des Stuttgarter Journalisten im Netz weiterverbreitet haben, gehört die 57 Jahre alte Berlinerin Solveig P.. Sie erhielt dafür einen Strafbefehl. Ihr Widerspruch brachte sie am 21. September vor das Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Bis jetzt habe sie nicht verstanden, was man von ihr wolle, erklärte sie als erstes in der Verhandlung. Der Vorwurf: Die Angeklagte habe auf Facebook den Steckbrief mit dem Foto Denzingers weiterverbreitet – dazu der Kommentar: „was für ein alter dummer widerlicher Sack“. Solveig P. bestritt, den Post abgesetzt zu haben. Sie kenne „den Mann ja auch gar nicht“. Zudem sei „ja nicht klar, ob das überhaupt mein Facebook-Profil“ sei. Hier müsse ein „Profildieb“ unterwegs gewesen sein. Schließlich sei es sehr einfach, solche Fakes einzurichten. Es gebe genügend Betrüger-Programme, meinte die Angeklagte die Richterin belehren zu müssen. Das Gericht sah dagegen „keinen Anhaltspunkt“, dass es sich bei dem Profil mit dem Foto der Angeklagten und weiteren Posts von ihr um einen Fake handelte. Nach einigem Hin und Her zeigte sich die Angeklagte einsichtig. Das veranlasste veranlasste Gericht und Staatsanwältin, die Geldstrafe des Strafbefehls auf 40 Tagessätze zu je 12 Euro zu beschränken. Die Richterin gab sich „zutiefst überzeugt“, dass sich die Angeklagte der „Beleidigung schuldig gemacht“ hat. Mit der geringen Geldstrafe wurde offenbar auf die Situation von Solveig P. Rücksicht genommen, die von Hartz IV lebt. Die Zeugen Alfred Denzinger und ein Vertreter der Ermittlungsbehörden waren umsonst angereist – sie wurden nicht gehört. „Ein großer Aufwand mit geringem, eher unbefriedigenden Ergebnis, auch weil die Angeklagte ihre Einsicht nicht sehr überzeugend vorgebracht hat“, resümiert Alfred Denzinger nach der Verhandlung in Berlin.

Geringe Geldstrafe für Rechtsextremen

Vor dem Amtsgericht Waiblingen musste sich am 22. September Michael Stecher aus Fellbach verantworten. Presseberichten zufolge war er Leiter des rechtsextremen lokalen Gruppe „Fellbach wehrt sich“ und Vorsitzender der Stuttgarter Ortsgruppe der rechten Sammlungsbewegung „Der Marsch“. Beim Staatsschutz wird er als Reichbürger geführt. Stecher war angeklagt, Alfred Denzinger in mehreren Veröffentlichungen beleidigt zu haben. Da das Gericht keinen Zweifel an einer Verurteilung Stechers ließ, schlug sein Anwalt die Einstellung des Verfahrens vor. Dem folgte der Richter gegen Auflagen. Danach darf Stecher nicht mehr behaupten, dass Alfred Denzinger ein „linksextremer Terrorgruppenführer“ sei und dass er Fotos von Personen aufgenommen hätte, um sie als rechtsextrem „bei ihren Arbeitgebern“ zu outen. Außerdem muss Stecher 500 Euro an die Organisation SOS Kinderdorf überweisen und sich bei Denzinger entschuldigen.

Der Facebook- und YouTube-Aktivist Stecher hat auf verschiedenen sozialen Medien über Monate immer wieder die gleichen falschen Behauptungen aufgestellt. Vom Richter befragt, wie er zu seinen Behauptungen gekommen sei, hob der Angeklagte zu einem langen Vortrag über die gute Vernetzung „der Antifa“ an. Sein Anwalt reichte ihm dabei aus Unterlagen zu einem anderen Prozess, der parallel vor dem Landgericht verhandelt wird – zwei Bilder, die seine Thesen untermauern sollten. Das eine zeigte eine Kundgebung in Rudersberg, wahrscheinlich nach einem Anschlag auf das Wohnhaus von Denzinger. Stecher beschrieb,

dass hier Fahnen der Grünen, Banner von Gewerkschafen und Fahnen der Antifa zu sehen sind. Außerdem sei Denzinger mit erhobener Faust zu sehen. Denzinger lenke und steuere sowohl die Grünen als auch die Gewerkschaften und erst recht „die Antifa“. Die Stuttgarter Gruppe Fridays for Future werde laut Stecher stark von der Antifa geprägt. Ohnehin sei Denzinger bei jeder Aktion der Antifa dabei. Einen weiteren Beleg dafür sah Stecher darin, dass Denzinger bei einer antifaschistischen Solidaritätsdemo im April dieses Jahres vor einem Transparent mit der Aufschrift „Wir sind alle 129 a“ zu sehen war. Auf Nachfrage des Richters musste er zugeben, dass der Fotograf bei der Arbeit war.

Auf die Bekanntgabe der Entscheidung des Waiblinger Amtsgerichts reagierte Denzinger verärgert: Er habe fest mit einer Verurteilung gerechnet. Eine Entschuldigung Stechers lehnte er ab. „Für Rechte, die einer Straftat überführt werden, wird es offenbar sehr leicht gemacht. Ein paar Euros und eine „Entschuldigung“ scheinen zu genügen, um eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen. Danach kann man dann ja weiter seine rechte Hetze verbreiten“, machte der Journalist seinen Unmut deutlich. Er will den Fall Stecher nicht auf sich beruhen lassen.

Zivilklage gegen rechten YouTuber

Vor dem Landgericht Stuttgart begann im Juni der Zivilprozess gegen Michael Stecher. Denzinger fordert von Stecher, es zu unterlassen, Fotografien von ihm und seinem Sohn im Netz im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über vermeintliche oder tatsächliche Gewalttaten zu verbreiten. Das gelte vor allem auch für die Videos, die Stecher auf YouTube ausspielen lässt, etwa unter dem Titel „Beobachter News Völkischer Beobachter“. Weitere Klage-Punkte der Unterlassung betreffen die im Netz veröffentlichten von Denzinger produzierten Fotografien. Sie wurden ohne Genehmigung, Quellen- und Urhebernennungen veröffentlicht – nach Ansicht Denzingers zu ahndende Verstöße gegen das Urheberrecht. Gefordert werde zudem eine Verurteilung Stechers zu Schadenersatz sowie zur Erstattung von Rechtsanwalts- und Gerichtskosten. Summa Summarum könnten da einige Tausend Euro für die tiefgreifenden Persönlichkeitsverletzungen und andere Rechtsverstößen zusammenkommen.

Das Urteil gegen Stecher war für Oktober erwartet worden. Jetzt will das Landgericht Stuttgart noch zwei Zeugen anhören und vertagte sich deshalb auf Mitte Februar 2022. Für den Journalisten Alfred Denzinger heißt das: weiter warten auf Gerechtigkeit und weiterkämpfen. Im Schlepptau hat er dabei die Befürchtungen um seine persönliche Sicherheit und die seiner Familie. „Das alles ist für mich nur mit einem enormen Aufwand an Zeit und Nerven zu bewältigen. Ich sah und sehe aber keine Alternative zum eingeschlagenen Weg“, betonte Denzinger gegenüber M.

Karin Wenk <<

COLOURFUL VOICES
Die transkulturelle Medienplattform

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt. Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.

Parisa und Mohammad berichten über die aktuelle Lage in Afghanistan, dem Land, aus dem sie flüchteten. Sie arbeiten in der NewcomerNews-Redaktion des Freien Radios Wüste Welle in Tübingen, das zur transkulturellen Medienplattform Colourful Voices gehört. Auf der Website werden Beiträge von zur Zeit zwölf Radioredaktionen veröffentlicht. Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte machen dort gemeinsam Radio – „auf Augenhöhe, denn Integration bedeutet nicht Assimilation“, sagt Projektleiter Chris Wohlwill.

Als 2015/16 viele Menschen aus dem globalen Süden nach Deutschland kamen, bildeten Freie Radios transkulturelle Redaktionen. Diese berichteten aus den Ländern der Geflüchteten, informierten sie über das Leben in Deutschland und wollten mit ihren Produktionen auch Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft erreichen, erzählt Wohlwill im Gespräch mit M und betont: „Die Beiträge sind sehr vielfältig, es gibt keine zentrale Redaktion und das ist auch so gewollt.“ Alle verbindet ein kritischer Blick auf rassistische Strukturen. Aufgegriffen werden Themen vor Ort – wie etwa in Burg (Sachsen-Anhalt), wo Erstklässler*innen bei der Einschulung in Klassen mit deutschen und nicht-deutschen Kindern aufgeteilt wurden. Im Interview äußert sich der Vater eines betroffenen Mädchens – auf Deutsch, Arabisch und Kurdisch. Der Beitrag stammt aus der mehrsprachigen Sendung „Common Voices“, die beim Freien Radio Corax in Halle von Geflüchteten und Migrant*innen gestaltet wird. Außer den Radios sind weitere Initiativen auf der Plattform vertreten, wie der Verein Diversity Media mit der (Not) Okay-Redaktion – einem „Anti-Stigma-Podcast“, wo sich alles um die Psyche dreht.

Um die weitere Vernetzung der Medienplattform Colourful Voices zu professionalisieren, wurde das netzwerk medien.vielfalt! gegründet, das die Bundesmigrationsbeauftragte seit Anfang 2020 fördert. Es bietet Fortbildungen zu Moderation, Stimmtraining oder journalistischem Schreiben an, aber auch Uploadworkshops für die gemeinsame Plattform und Fundraising. Letztes Jahr gab es etwa 30 Workshops und Schulungen, heißt es aus dem Koordinationskreis. Die meisten Medienmacher*innen arbeiten ehrenamtlich, bezahlt werden nur die Koordinationsaufgaben. In jeder Redaktion gibt es dafür eine 450-Euro-Stelle.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die Website über 11.000 Aufrufe. Als antirassistisches Magazin startete Colourful Voices 2020 auf Instagram, Telegram und Facebook und hatte nach sechs Monaten bereits 6.000 Follower. Auf das größte Interesse stieß ein Post zum Jahrestag des Anschlags in Hanau mit 150.000 Views. Obwohl die eigentliche Zielgruppe BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) seien, „scheinen unsere Inhalte auch für andere interessant zu sein“, meint Azin aus dem Colourful Voices-Team und vermutet, dass die Hälfte der Follower weiße Menschen sind.

Bärbel Röben <<

An der Schnittstelle

Weil Bildredaktionen mehr können als nur Bilder beschaffen

Bildredaktionelle Tätigkeiten und die Menschen, die sie leisten, stehen selten im Fokus. Das solle sich ändern: Der erste digitale Studientag Bildredaktion beim Studiengang Fotojournalismus und Dokumentarfotografie der Hochschule Hannover am 19. November 2021 rückte Akteure und Erfordernisse ins Blickfeld. „Zwischen Symbol und Information – Der bildredaktionelle Umgang mit der Fotografie im Journalismus“ wurde debattiert.

„Bildredakteur*in“ sei keine geschützte Berufsbezeichnung, es gebe außerhalb des Arbeitsfeldes wenig Wissen über dessen Spezifik, kein Handbuch, kein Austauschgremium, erklärte Organisator und Gastgeber Dr. Felix Koltermann. Und dass originäre Bildredaktionen flächendeckend „nur bei den überregionalen Blättern und Onlinemedien sowie in Zentralredaktionen wie bei Funke“, im Lokaljournalismus aber „weitestgehend inexistent“ seien. Nicht einmal 50 solche redaktionellen Einheiten zähle man also. Doch auch ohne eigenes Ressort fielen bildredaktionelle Tätigkeiten in den Medien allerorten an.

Trend zum visuellen Journalismus

In einem Impulsvortrag beleuchtete zunächst Norbert Küpper aktuelle Trends für Fotoarbeit und Editorial Design. Als erfahrener Zeitungsdesigner und Buchautor befasst sich Küpper auch mit Grundlagenforschung. Wie wichtig Bilder als „Einstiegsmomente in die Zeitungsseite und für maximale Aufmerksamkeit“ sind, belegte er an Beispielen, darunter Lokalzeitungen wie „Mindener Tageblatt“, „Fuldaer Zeitung“ oder „Kölner Stadtanzeiger“. Der Trend „zum visuellen Journalismus“ führe eindeutig zu größeren Fotos als Aufmachern, zu aufgeräumten Seiten mit weniger Themen, zu klaren Hierarchien in den Bildgrößen sowie zu Bild-Blocks. Die Verwendung ganzer Foto-Sequenzen, von extremen Hoch- oder Querformaten oder freigestellter Bilder sorgten für mehr Dynamik. Auch bei Porträts zeige sich eine Entwicklung zu zeitschriftenartiger Gestaltung mit viel Weißraum, Unschärfeeffekten oder außergewöhnlichen Formaten; online zu mehr Bewegtbild-Nutzung.

Es dominiere sehr nahes Herangehen und der Pars-pro-Toto-Blick auf Details, zusätzlich suche man ungewöhnliche Kameraperspektiven und Blickwinkel, etwa aus der Luft oder knapp über der Erdoberfläche. Noch immer selten in deutschsprachigen Zeitungen seien Fotoreportagen; in den Niederlanden oder skandinavischen Ländern bildeten sie übliche „Höhepunkte“ redaktioneller Bildarbeit und würden als Möglichkeit zu „Visual Story Telling“ genutzt. In hiesigen Lokalredaktionen sei die Praxis weiter stark verbreitet, Texter von Terminen auch Fotos mitliefern zu lassen. Da sei „keine Änderung in Sicht“. Doch habe Deutschland nach Einschätzung Küppers bei Bildgrößen und Bildqualität international „aufgeholt“.

„Bildredaktionen arbeiten an einer elementaren Schnittstelle, sie kombinieren visuelle Anreize und journalistische Sorgfaltspflicht“, so Miriam Zlobinski, die auf dem ersten Podium Leiter*innen von Bildredaktionen begrüßen konnte. „Vielschichtige Kompetenzen“ bescheinigte Nadja Masri von der Ostkreuzschule für Fotografie professionellen Bildredakteur*innen, die auf einem visuellen Bildgedächtnis fußten, „dezidierte Darstellungs- und Analysefähigkeiten“ ebenso umfassten wie Neugier und ethische Grundsätze, aber auch Netzwerken und den Willen, redaktioneller Fotoarbeit „eine eigene Handschrift zu geben“. Organisieren und Kommunizieren sowie inhaltlich-konzeptionelles Denken müssten hinzukommen. Der Beruf hieße aus gutem Grund nicht „Bildbeschaffer“.

Nicht ausschließlich nachrichtlich

Henner Flohr berichtete davon, dass die Bildredaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) täglich 16.000 Fotos neu ins System gespielt bekäme, alle würden gesichtet, um letztlich die auszuwählen, die in der täglichen Ausgabe stattfinden sollen: „Inhalt steht ganz klar im Fokus.“ Speziell bei Seite-1-Titelbildern versuche man, „nicht ausschließlich nachrichtlich vorzugehen, häufiger um die Ecke zu denken und mit dem Text neue Zusammenhänge herzustellen“.

Dr. Felix Koltermann war Organisator und Gastgeber des Digitalen Studientages „Bildredaktion“.

Foto: Marcel Zeumer

Als Wochenzeitung stehe man weniger in der aktuellen Informationspflicht, erklärte Amelie Schneider für die Printausgabe „Die Zeit“. Aufmacherbilder würden von der Idee über Konzept, Bildsprache bis zum Lichteinsatz meist selbst beauftragt, mit Fotograf*innen besprochen und im Studio produziert. Bildunterschrift und Foto-Nachweis wiesen das entsprechend aus. Über die Wichtigkeit eines „Code of Publication“ bestand Konsens. Exakte Angaben über Entstehungsort, -zeit und mögliche Bearbeitung von Aufnahmen stärkten die Bildlesefähigkeit des Publikums und dienten der Glaubwürdigkeit des Mediums, so Masri. Man müsse „Fotos für die Leser einordnen und nachvollziehbar machen“, bekräftigte Schneider. Wegen der speziellen Bildsprache sei die Nutzung von Stockfotos bei der „Zeit“ fast

ausgeschlossen. Flohr hielt dagegen: Schon aus Zeitgründen kämen Stockfotos und Symbolbilder mit informativem und illustrierendem Charakter in der aktuellen Produktion bei der „FAZ“ breit zum Einsatz.

Ziemliche Übereinstimmung zeigte sich in der Frage, ob Spaltengestaltung und vorgegebene Formate den Beschnitt von Fotos rechtfertigen: „Wir sehen Fotografen auch als Urheber. Extreme Beschnitte sind grenzwertig“, so Flohr für die „FAZ“. Von Ausnahmen abgesehen solle sich eine Redaktion nicht anmaßen „Fotos durch Beschnitt besser machen zu wollen“, so Masri. Noch weiter ging Amelie Schneider: „Jedes Bild, das beschnitten werden muss, ist für den konkreten Fall nicht das richtige.“ Fotografen hätten das Recht, sich gegen Veränderungen zu wehren.

Königsdisziplin mit schlechtem Image?

Die „Zeit“-Bildchefin brach eine Lanze für das „Symbolfoto“. Ungeachtet des schlechten Images sollte es zur „Königsdisziplin aufgewertet“ werden. Man könne auch mit Einzelbildern aus dokumentarischem Kontext symbolische Aussagen entwickeln. Die Gefahr, dass Leser*innen gegenüber solchen „gestellten Fotos“ dann nachrichtliche Bilder weniger zu schätzen wüssten, sah dagegen Flohr. Generell scheine das Misstrauen des Publikums gegenüber Fotos zu wachsen, sagte er mit Blick auf Leserreaktionen. Der Wahrheitsgehalt werde hinterfragt oder sogar kriminelle Energie bei Fotobearbeitung vermutet. Flohr betonte die „vermittelnde Rolle“ von Credit und Bildinformation, um etwa auch zu zeigen, dass Fotos – wie aktuell solche von der polnisch-belarussischen Grenze – als Handout von staatlichen Behörden oder Regierungen kämen. Schneider sprach sich dafür aus, „neue Regeln zur Fotokennzeichnung einzuführen“ und Aufnahmeumstände ausführlich auszuweisen. Masri riet, Fotos als „historische Momentaufnahme“ zu kennzeichnen.

Ob und wie Bildredaktion ohne Bildredakteur*innen funktioniere, wurde in einem Panel zum Lokaljournalismus debattiert. Einen „erheblich gewachsenen Stellenwert“ hätten Fotos in der Tageszeitung, sie seien „nicht wegzudenken“ und erfüllten „Einladungs- und Ankerfunktion“ attestierte das Podium. Doch lagen Anja Bleyl aus der Zentralredaktion der Funke Mediengruppe und die freie Bildredakteurin Ina-Jasmin Kossatz oft konträr zu Hendrik Brandt, Chefredakteur der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ), der Bildredaktion als Querschnittsaufgabe crossmedialen Herangehens sah. Digitale Ausspielwege zuerst zu bedienen erfordere integriertes Arbeiten: „Ein Reporter fährt zu einem Unfall, recherchiert, macht Fotos und ein Video und speist das unmittelbar für den gesamten weiteren Produktionsprozess zur Nutzung ein.“ Sollten Bildredakteur*innen zwischengeschaltet werden, müsse das „ein ganzer Stab von Menschen sein, die parallel arbeiten“. Das sei ineffektiv. „Wir wollen das, was nur einmal gemacht werden muss, auch nur einmal tun.“

„Zeit“-Bildredakteurin Amelie Schneider (3.v.l.) erklärte die spezielle Bildsprache in der gedruckten Ausgabe. Mit ihr auf dem Podium: Nadja Masri (Ostkreuzschule), Henner Flohr (FAZ) und Moderatorin Miriam Zlobinski (v.l.).

Foto: Marcel Zeumer

Eine Analyse zur Fotonutzung, an der Ina-Jasmin Kossatz 2019 beteiligt war und die 168 Lokalteile von Zeitungen in Nordrhein-Westfalen einbezog, bestätige: Ein Großteil von Fotos sei von ausgewiesenen Fotograf*innen gemacht worden. Fast in gleichem Umfang würden aber Fotos von schreibenden Redakteur*innen verwendet – oft als Beleg-„Schnappschuss“, dass Autor*innen wirklich vor Ort waren. Ihre Hospitation in der Lokalredaktion von Bocholt-Borken habe bestätigt: „Das meiste wird mit Autorenfotos bebildert. Und die Kolleg*innen erklärten mir, sie würden gern mehr übers Fotografieren lernen“, so Kossatz.

Qualifizierung bleibt wichtig

Fotoarbeit sei Thema interner Schulungen, versicherte der HAZ-Chefredakteur, „wenngleich noch nicht umfänglich genug“. Qualifizierung bleibe wichtig, zumal Bewegtbild-Nutzung im Lokalen zunehme. Parallel, so Brandt, sehe er einen „Rückgang von Optionen für angestellte Fotograf*innen. Die müssten ihre Existenz täglich rechtfertigen und sich „zusätzlich ertüchtigen“. Mehr Wertschätzung und bildredaktionelle Aufmerksamkeit für das Lokale forderte Anja Bleyl. Selbst bei Online-Ausgaben solle man sich durch „eigene Inhalte“ hervortun, „die man nicht ergooglen kann“. Qualität koste auch hier vor allem Zeit.

Nach einer „visuellen Handschrift für die gedruckte Zeitung“ fragte Moderator Felix Koltermann. „Old Fashioned“ fand das der HAZ-Chefredakteur, schließlich arbeite daran keiner mehr allein, Standards würden „immer wieder neu ausgehandelt“. „Wir debattieren viel“, versicherte Anja Bleyl für Funke. „Unser Ziel: Das beste Bild in den Aufmacher. Das kann aber durchaus auch eine Illustration sein…“ Sie forderte, Bildredaktionen ernster zu nehmen, in der Fotoarbeit mehr Flexibilität zu erreichen, „mehr Geschichten hinterm Bild zu erzählen und Fotos auch atmen zu lassen“.

Helma Nehrlich <<

Fragilität des Vertrauens zum Foto

Bildforensik: Quellensuche und Aufdeckung von Täuschungen

Neben Editorial Design und bildredaktioneller Arbeit wurde beim digitalen Studientag am Studiengang Fotojournalismus der Hochschule Hannover ein spezieller Fokus auf die Bildforensik gesetzt. Quellensuche und Aufdeckung von Täuschungen – ein Arbeitsbereich für Bildredaktionen?

Prof. Dr. Winfried Gerling von der FH Potsdam

Foto: Marcel Zeumer

Eine „Fragilität des Vertrauens zum Bild" zeige sich seit den 1990er Jahren zunehmend, so Prof. Dr. Winfried Gerling (FH Potsdam). Zur Verifizierung von Bildquellen verwies er in seinem Vortrag neben verschiedenen technischen Methoden auf den gesunden Menschenverstand: „Vieles kann allein dadurch erkannt werden". Darüber hinaus beleuchtete er Massendaten als Möglichkeiten komplexer Rekonstruktion, verwies auf investigative Verfahren mittels allgemein zugänglicher Hilfsmittel wie Satellitenauswertungen, Wetterkarten und Datumsangaben, auch auf die Auswertung von Kameradaten mittels spezieller Tools zur Geo-Lokalisation oder geeignete Software etwa zur Gesichtserkennung. Veränderungen an Originalfotos zu erkennen, sei mittels Raw-Daten möglich, da jede Kamera singuläre Datenspuren wie einen „Fingerabdruck" hinterlasse und ein Pixelmuster erkennbar sei. Mit Hilfe von Raw-Daten habe etwa nachgewiesen werden können, dass am World Press Sieger-Foto „Gaza Burial" von 2013 keine unzulässigen Veränderungen oder Montagen vorgenommen wurden.

Standards für Bildbearbeitung setzen

Im Zusammenspiel algorithmischer und menschlicher Formen der Überprüfung ließen sich Veränderungen in der Regel nachweisen. Gerling warb für Standards, die Erlaubtes und Unerlaubtes bei der Bildbearbeitung klar abgrenzten. Zumindest bei großen Agenturen wie AFP gäbe es bereits ein gewachsenes Problembewusstsein und die Regel, keine „substanziellen Veränderungen" zu Lasten der Foto-Authentizität vorzunehmen. „Unbearbeitet" sei „alles, was die Optik hergibt", Bearbeitung geschähe heutzutage mittels Software. Alle erschließbaren Umstände von Bildproduktion einzubeziehen, erfordere ein Zusammenspiel von Mensch und Technik, Ort und Zeit. Dieses verändere sich zunehmend, da „vieles an Algorithmen delegiert" werde. Mit der Frage, ob „Bildforensik als bildredaktioneller Arbeitsbereich?" zu sehen sei, befasste sich das anschließende Podium. Ronka Oberhammer von der Deutschen Welle, Max Biederbeck aus der AFP Faktenchek-Redaktion und Tobias Hamelmann vom G+J Quality Board gaben Einblicke in ihre tägliche Arbeit. Oberhammer erklärte, dass sie es „eigentlich nur mit Bildern aus Agenturen" zu tun habe und ihr direkte Fälschungen deshalb nicht unterkämen. Selbst bei Breaking News verzichte man bei der Deutschen Welle in der Regel auf Bebilderung aus den Sozialen Medien. Einen besonderen Prüfauftrag sah sie dagegen bei Fotos von „embedded journalists", aus Agenturen oder gar Regierungsquellen bestimmter Staaten.

In falschem Zusammenhang

Sehr anders die Erfahrungen beim AFP-Faktenchecker: Biederbeck berichtete von Fakes wie Bildern aus dem vermeintlich durch Flüchtlinge selbst niedergebrannten griechischen Lager Moria. Durch Screenshots vom Video habe sich mit Hilfe einer Rückwärtssuche auf Plattformen rechter Gruppen und mit Google Maps feststellen lassen, dass angebliche „Beweisbilder" schon Jahre zuvor bei Zwischenfällen an der türkisch-griechischen Grenze aufgenommen worden waren. Zur Prüfung von Manipulationen und Fälschungen stünde heute ein umfangreiches Arsenal an Software und Verification Tools zur Verfügung, die im Grunde „jeder" anwenden könne.

Die AFP-Faktenchecker arbeiteten als unabhängige Dienstleister für unterschiedliche Medien, Hauptauftraggeber sei jedoch Facebook. „Wir löschen nichts, wir setzen Gegeninformationen", erläuterte Biederbeck. Aktuell seien er und seine Kolleg*innen vorrangig gegen Corona Fake News im Einsatz. Mitunter seien Bilder aber so wirkmächtig, dass die Widerlegung der Täuschung öffentlich kaum durchdringe. Insofern habe man es schon mit einem „mächtigen Gegner" zu tun. Getroffene reagierten mitunter „mit wüsten Beschimpfungen, auch tiefnachts". Oft brauche es aber „gar keine gefälschten Bilder, um falsche Meldungen zu erzeugen", es reiche, sie in einen falschen Zusammenhang zu stellen. Das bestätigte auch Tobias Hammermann von Gruner + Jahr. Im 40-köpfigen Quality Board betätige sich etwa die Hälfte als Faktenchecker. Ihre Prüfung beträfe jedoch sowohl Texte als auch Bilder und deren Zusammenwirken in Medien wie „GEO", „Stern", „Spiegel" und anderen Verlagsveröffentlichungen. Hier arbeiteten Urheber*innen in der Regel „willig" mit. Verifikation gelte als „zusätzliches Qualitätsmerkmal", doch sei dabei noch „Luft nach oben". **Helma Nehrlich <<**

Online

Alle Vorträge des Studientages Fotojournalismus stehen weiter online unter: https://studientag-bildredaktion.de/livestream/

Themis mit doppelter Kraft

Unterstützung für die Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung wächst

Vor drei Jahren hat die „Themis-Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt“ in der Kultur- und Medienbranche ihre Arbeit aufgenommen. Die Zahl der Ratsuchenden wächst von Jahr zu Jahr, aber auch die Unterstützung und die angebotene Hilfe. Der Verein zählt inzwischen 19 Mitglieder. Es gibt derzeit mit zwei Juristinnen und zwei Psychologinnen doppelt so viele Beraterinnen als zum Beginn der Arbeit.

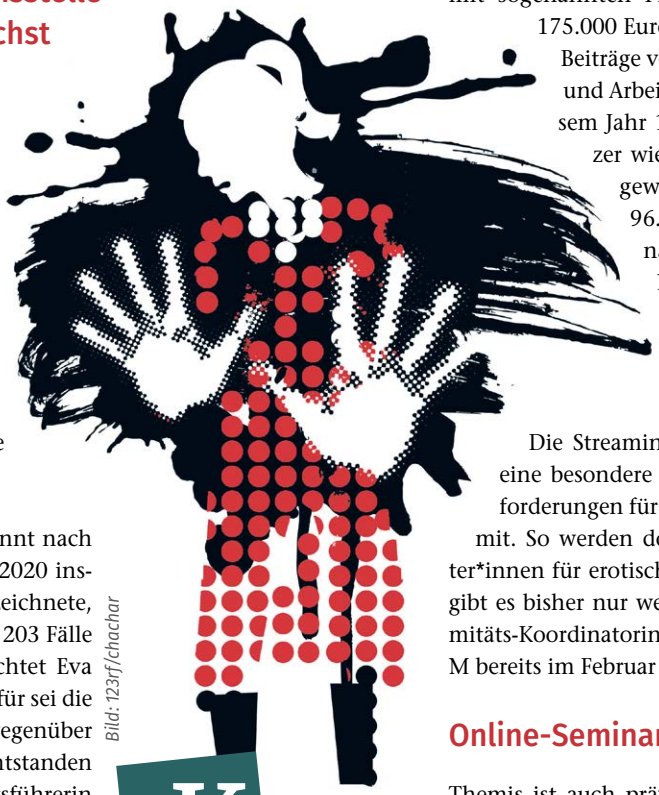


Bild: 123rf/chachar

Während die Themis-Vertrauensstelle benannt nach der griechischen Göttin für Gerechtigkeit, 2020 insgesamt 177 Fälle mit 404 Beratungen verzeichnete, sind es allein bis Ende Oktober 2021 schon 203 Fälle mit bisher 454 Beratungen gewesen, berichtet Eva Hubert vom Vereinsvorstand. Ein Grund dafür sei die größere Aufmerksamkeit, die inzwischen gegenüber sexueller Belästigung in der Gesellschaft entstanden ist. Hubert verfügt als langjährige Geschäftsführerin der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (bis 2015) über Erfahrung in der Medienbranche und als ehemaliges Mitglied der Grün-Alternativen Liste in der Hamburger Bürgerschaft auch in der Politik. An ihrer Seite im geschäftsführenden Vorstand von Themis agiert seit August 2021 Bernhard Speck. Der Produzent ist Vorstandsmitglied im Bundesverband Produktion Film und Fernsehen e.V. und sitzt als ver.di-Vertreter im Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt (FFA).

Die bei Themis gemeldeten Fälle betreffen wie im vergangenen Jahr zu etwa 60 Prozent verbale und nonverbale Belästigungen, diskriminierende Sprüche, Mails, Bilder und ähnliches. In rund 40 Prozent der gemeldeten Fälle geht es um körperliche Belästigung bis hin zur Vergewaltigung. Wie im Vorjahr sind gut 85 Prozent der Ratsuchenden Frauen, erklärt Hubert. Bei den Belästigern handelt es sich ganz überwiegend um Männer, meist einflussreiche. Es gibt aber auch eine geringe Zahl von Frauen, die Grund zur Beschwerde bei Themis liefern.

Themis ist in verschiedene Sektoren aufgeteilt: Arbeitgeber wie Produzenten oder Rundfunkanstalten, Verbände wie Pro Quote Film und Arbeitnehmervertreter – diese Aufgabe hat derzeit Matthias von Fintel, Bereichsleiter Medien in ver.di übernommen.

Kontakt

https://themis-vertrauensstelle.de

„Sie allein bestimmen, was passiert. Möchten Sie die Einschätzung einer Juristin hören? Wollen Sie psychologisch beraten werden? Oder wollen Sie erst einmal nur über das Erlebte sprechen?“ „Wir unternehmen nichts ohne Ihre ausdrückliche Ansage.“

Anfangs wurde die Beratungsstelle aus den Beiträgen der damaligen Mitglieder des Trägervereins und einer Anschubsumme von 300.000 Euro für die ersten drei Jahre durch das Staatsministerium für Kultur und Medien (BKM) finanziert. Nun hat das BKM seine Unterstützung um drei Jahre mit 270.000 Euro verlängert. Derzeit sind Arbeitgeber wie Produzenten und Sender mit sogenannten Pflichtbeiträgen von insgesamt 175.000 Euro im Jahr dabei. Die freiwilligen Beiträge von Seiten der Freiberufler*innen und Arbeitnehmer*innen betragen in diesem Jahr 11.400 Euro. Weitere Unterstützer wie Amazon und Netflix konnten gewonnen werden. Sie steuern 96.500 Euro bei. Eine weitere Aufnahme von Verbänden aus dem Musikbereich in den Trägerverein sahen die Delegierten auf der Novemberversammlung grundsätzlich positiv.

Die Streamingdienste bringen aus den USA eine besondere Aufmerksamkeit und auch Anforderungen für das Thema sexuelle Belästigung mit. So werden dort bei Filmproduktionen Berater*innen für erotische Szenen eingesetzt. In Europa gibt es bisher nur wenige Expert*innen dafür, „Intimitäts-Koordinatorinnen“ wie Julia Effertz, über die M bereits im Februar 2020 berichtete.

Online-Seminare stark gefragt

Themis ist auch präventiv tätig. Im April 2020 erschien eine Studie mit anonymisierten Interviews unter dem Titel „Grenzen der Grenzenlosigkeit“. Beteiligt waren die Themis-Mitarbeiterinnen auch an der Online-Umfrage „Vielfalt im Film“ über Diskriminierung als massives strukturelles Problem in der deutschen Filmbranche von 2020 oder sie wirkten mit bei der Studie „#betriebsklimaschutz“ vom Februar 2021, wo Themis als Beispiel „Guter Praxis“ geschildert wird. Außerdem berate Themis beim Aufbau einer ähnlichen Vertrauensstelle in Österreich, die sich aber zusätzlich zur sexuellen Belästigung auch des weiten Themas „Mobbing“ annehmen will, berichtet Hubert.

Stark nachgefragt waren die Online-Seminare von Themis in diesem Herbst, es mussten sogar Interessierte auf spätere Termine vertröstet werden. Die Reihe soll im Frühjahr und Herbst fortgesetzt werden. Ob online oder in Präsenz, kann Hubert noch nicht sagen: Das eine hat den Vorteil des bundesweiten Angebots, das andere bietet die praktische Möglichkeit des Übens durch Rollenspiele. Großes Interesse an den Seminaren verzeichnet Themis auf Arbeitgeberseite. Produktionsfirmen und Theater schicken Personalverantwortliche und Führungskräfte in die auf 15 Teilnehmer*innen begrenzten Seminare: „Das ist dann jeweils nur ein Bruchteil der Verantwortlichen, aber es sind Multiplikator*innen“, unterstreicht die Themis-Vorständin. **Susanne Stracke-Neumann <<**

Fünf Jahre „Mediensalon“

Flexibilität bei Themen und Format – Debatte auf Augenhöhe

Der Berliner „Mediensalon“, die gemeinsame Veranstaltungsreihe von Deutscher Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di, Deutschem Journalistenverband DJV Berlin-JVBB und meko factory, der gemeinnützigen „Werkstatt für Medienkompetenz“, geht jetzt in ihr fünftes Jahr. Vom taz-Café in die taz-Kantine oder schippernd auf der Spree, vom Präsenzformat zur hybriden oder reinen Online-Veranstaltung: Flexibilität hat der Mediensalon nicht nur bei den zur Diskussion gestellten Fragen bewiesen. Mit im Boot sind – je nach Thema – Kooperationspartner wie die Otto-Brenner-Stiftung und Landau Media. Bei der Reihe „Jugend, Politik und Medien” waren auch die Jugendpresse Deutschland, die Berliner Landeszentrale für politische Bildung und Alex TV dabei. Vor Bundestags- und Berliner Wahlen wurde diskutiert über das Wahlalter, das Bild Jugendlicher in den Medien, ihre politischen Einflussmöglichkeiten und Ziele.

Entstanden ist die Reihe, so erinnert sich Tina Groll, ZEIT-Redakteurin und Vorsitzende der dju in ver.di, „als Revival der Stammtische vom Netzwerk Recherche“, die es schon seit 2008 gab. 2017 traf sie sich mit Johannes Altmeyer und Christoph Nitz und sie „kamen auf die Idee, das Format auf breitere Füße zu stellen und unterschiedliche Journalismus-Organisationen zu beteiligen“, berichtet Groll. Eine Plattform schaffen, von Journalist*innen für Journalist*innen, beschreibt es rückblickend Altmeyer, Leitender Redakteur bei Business Insider: „Wir wollten Diskussionen organisieren, die lebendig sind, praxisnah, offen für einen Austausch auf Augenhöhe. und natürlich Mehrwert bieten.“ „Für mich stand fest“, so Groll, „die dju darf hier nicht fehlen, denn es ist ein attraktives Format, um medienpolitische Themen nicht nur mit Menschen aus der Branche, sondern auch Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.“ Christoph Nitz, Gründer der meko factory, fasst zusammen: „Mit den Jahren entwickelte sich der Mediensalon zu dem Debattenforum für Journalismus in Berlin.“ In der ersten Veranstaltung des neuen Mediensalons, im Februar 2018, ging es „gleich ums große Ganze, nämlich um die Zukunft des Journalismus“, sagte die damalige dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Berger zur Begrüßung. Mit dem „komplizierten Verhältnis: Journalisten und ihr Umgang mit der AfD“ fasste der Mediensalon in der zweiten Diskussion gleich ein heißes Eisen an. Die Beschäftigung mit „Rechten Populisten“, dem „Hass im Netz“, mit „Medien, Virologen und Aluhüten“ und den von Trump kreierten „Fake News“ folgten. Die Urheberrechtsreform, der Erfolg der Podcasts, #MeToo, Gendern, Influencer oder die Frage „Wer gibt den Takt an?“, die Politik oder die Medien, das alles ist schon Thema im Mediensalon gewesen.

Der „Fall Relotius“ mit den lange nicht als Fälschungen erkannten Reportagen bot wiederholt Anlass zur Beschäftigung mit den dunklen Seiten des journalistischen Metiers, zuerst im Februar 2019: „340 Anmeldungen, so viele wie noch nie. Der Saal in der ‚taz-Kantine‘ im neuen Verlagshaus überfüllt, viele Gäste sitzen auf dem Boden oder bleiben stehen“, schrieb Monique Hofmann, damals für „M – Menschen Machen Medien“ im Einsatz, heute dju-Bundesgeschäftsführerin. Unabhängig voneinander nennen alle drei diese Veranstaltung als ihre ganz besondere Erinnerung: „Es war die erste Veranstaltung nach Bekanntwerden des Skandals – und wir hatten ein hochkarätiges Podium mit vielen prominenten Vertretenden aus der Branche“, blickt Groll zurück. „Das Interesse, auch bei den Nicht-Medienschaffenden, war riesig. Es gab sehr viel aufzuarbeiten.“ Auch für Altmeyer war die Claas-Relotius-Diskussion im neuen taz-Gebäude ein „persönliches Highlight. Gäste-Auswahl, Zeitpunkt, Moderation, Atmosphäre: Das war ein perfekter Abend, der viel zur Popularität der Mediensalon-Reihe beigetragen hat.“

Bei den Themen für die Zukunft wünscht sich Groll eine Beschäftigung mit der Rolle der Medien in der Pandemie: „Haben wir wirklich alle Fakten richtig vermittelt? Haben wir es geschafft, uns nicht vor den Karren der Politik spannen zu

Mediensalon im taz-Haus in Berlin 2019: „Der Fall Relotius und die Folgen für die Glaubwürdigkeit des Journalismus“. Auf dem Podium: Karsten Kammholz, Hajo Schumacher, Bascha Mika, Alina Leimbach, Tina Groll, Brigitte Fehrle, Katharina Dodel und Holger Stark (v.l.n.r.)

Foto: meko factory/Henrik Andree

Blick in das taz-Café in der Berliner Rudi-Dutschke-Straße im März 2018

Foto: meko factory/ Thaisa Mezzavilla

lassen? Haben wir es uns in den Medien zu einfach mit den Schwarz-und-Weißbildern gemacht?“ Ein zweites wichtiges Thema sind für sie die zunehmenden Repressalien gegen Journalist*innen in vielen Ländern. Altmeyer erklärt: „Die Planungen für die nächsten Diskussionen laufen bereits auf Hochtouren. Das Organisations-Team hat immer das Ziel, die neuesten Entwicklungen in der Branche aufzugreifen.“

Und wie sieht die Zukunft des Veranstaltungsformats Mediensalon aus? War online nur ein Corona-Notnagel oder ist hybrid das neue „Diskussions-Normal“? Nitz sagt ja: „Hybrid wird das neue Normal, da wir so auf allen Ebenen flexibler sind. Podiumsexpert*innen und Gäste können mit einer Zuschaltung teilnehmen – das erweitert das Spektrum der Meinungen.“ Und der Mediensalon könne so auch als Video-On-Demand zeitversetzt angesehen werden. Altmeyer sieht in der hybriden Form ebenfalls das Format der Zukunft: „Was nicht heißt, dass wir uns nicht wieder auf unsere Gäste freuen. Der lebendige Austausch vor Ort gehört zum Mediensalon dazu.“ Aber die Corona-Pandemie habe gezeigt, „dass die Reihe flexibel genug ist, um solche technisch durchaus anspruchsvollen Hybrid-Formate zu ermöglichen.“ Altmeyer verbindet das mit einem doppelten Dank: „Ohne die Veranstaltungsexpertise von Christoph Nitz wäre der Erfolg der Mediensalon-Reihe unmöglich gewesen. Er und sein Team haben das Format auf ein neues Niveau gehoben. Gleichzeitig bin ich der „taz“ dankbar, dass wir dort bereits seit so langer Zeit diskutieren dürfen.“

Auch wegen der Reichweite setzt auch Tina Groll für die Zukunft des Mediensalons auf hybrid: „Ich glaube, es ist gut, beides zu haben.“ Ideal sei eine Veranstaltung vor Ort, „bei der im Anschluss auch das Networking wichtig ist“, und die gleichzeitig durch Streaming digitale Beteiligung möglich macht, unterstreicht Groll: „Denn ansonsten konzentriert sich sehr viel in der Hauptstadt Berlin. Aber kluge Journalistinnen und Journalisten gibt es in ganz Deutschland.“

Susanne Stracke-Neumann <<

Profitabler mit Politico?

Erklärtes Ziel von Springer: „Weltmarktführer im digitalen Journalismus“

Auf dem heimischen Printmarkt stottert das Geschäft. Aber international konnte Springer zuletzt mit dem Kauf des US-Portals „Politico“ punkten. Für die Zukunftsperspektiven demokratischer Medien ist die Digitalstrategie des Konzerns allerdings keine gute Nachricht: Nach Auffassung von Kritikern droht eine wachsende Spaltung der Gesellschaft durch Journalismus.

Das Timing war mehr als unglücklich. Gerade erst hatte Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner mit dem vollständigen Kauf der US-Mediengruppe „Politico“ die größte Unternehmensübernahme der Firmengeschichte gefeiert. Dann passierte der „Fall Julian Reichelt“. Und die „New York Times“ publizierte eine süffisante Geschichte über die Unternehmenskultur im Springer-Konzern, die mehr auf Döpfner als auf den kurz danach geschassten Bild-Chefredakteur zielte. Peinlich für Döpfner, der kurz darauf obendrein in einer privaten und später durchgestochenen SMS deutsche Verhältnisse mit dem „DDR-Obrigkeitsstaat“ verglich und Journalist*innen als „Propaganda-Assistenten“ diffamierte. Entgleisungen, die für den reibungslosen Ablauf der Geschäfte in Übersee möglicherweise wenig zuträglich waren.

Blick über die Zimmerstraße in Berlin vom neuen auf das ältere Axel-Springer-Gebäude

Foto: Springer

2015 war das Jahr, in dem Springer entscheidend auf dem US-Markt expandierte. Zuerst erwarb der Verlag das Online-Portal Business Insider. Gleichzeitig beteiligte er sich mit 50 Prozent an der europäischen Ausgabe des 2007 gegründeten Zeitung „Politico“. Noch 2014 hatte der Branchendienst „Horizont“ gelästert, europäische Verlage seien offenbar nicht in der Lage, der „Hegemonisierung US-amerikanischer Medien und Distributoren“ etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen, zum Beispiel in Form eines „europäischen Politmediums“.

Die Komplettübernahme von „Politico“ – kolportiert wird ein Kaufpreis von über einer Milliarde US-Dollar – folgt dem erklärten Ziel Döpfners, „Weltmarktführer im digitalen Journalismus“ zu werden. Dem dient auch die strategische Partnerschaft, die der Konzern 2019 mit dem US-Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts (KKR) eingegangen ist. Die Auflage von „Politico“ in den USA beträgt rund 40.000 Exemplare. Rund 350 redaktionelle Mitarbeiter*innen, dem Vernehmen nach in der Mehrheit nicht eindeutig einem der polarisierten politischen Lager zugeordnet, liefern pro Monat durchschnittlich an die 3.000 Geschichten. Außerdem werden rund 2.500 Newsletter verschickt, einige

davon angeblich zu Abopreisen von bis zu 10.000 US-Dollar jährlich. Die Online-Reichweite liegt bei monatlich 54 Millionen Nutzer*innen. Kern der Veröffentlichungen sind ausführliche Hintergrundberichte über die politischen Ereignisse im US-Kongress. Daneben erscheint ein Blog über das aktuelle Geschehen im Weißen Haus.

Anlässlich der Übernahme des US-Portals ließ Springer-Chef Döpfner verlautbaren, man habe „immer fest daran geglaubt, dass es erfolgreiche Geschäftsmodelle für digitalen Journalismus geben kann". Und er lobte das „starke Wachstum" und die „hohe Profitabilität" von „Politico". Lauter Attribute, die für die einstigen Flaggschiffe auf dem heimischen Kernmarkt schon lange nicht mehr gelten. Im Gegenteil. Sowohl „Bild" als auch „Die Welt" verzeichnen seit Jahren dramatische Auflagenverluste. Im dritten Quartal 2021 fiel der Boulevardtitel um satte 8,5 Prozent auf nun noch 1,006 Millionen Exemplare (Abo und Einzelverkauf) zurück. Zum Jahresende dürfte erstmals die Millionenmarke unterschritten werden – klarer Beleg dafür, dass die Skandalchronik um den geschassten Ex-Chef Reichelt und die populistische Berichterstattung in Sachen Corona selbst bei den treuesten Leser*innen Wirkung gezeigt haben.

„Die Welt" gab für das dritte Quartal erst gar keine neuen Zahlen preis. „Keine Meldung aufgrund Angebotsänderung", heißt es lapidar auf der IVW-Homepage. Gemeint ist offenbar das Vorziehen einer Frühausgabe der „Welt am Sonntag" auf den Samstag.

Dass diese Umstellung bessere Zahlen hervorbringt, ist kaum zu erwarten. Bereits im zweiten Quartal war die Auflage der „Welt" auf knapp 43.000 Exemplare geschrumpft. Möglich, dass das Printgeschäft Springers in nicht allzu ferner Zeit in die Verlustzone rutscht. Auch bei Bild-TV sieht es nicht nach einer Erfolgsgeschichte aus. Die Quote des auf Dauerkrawall gebürsteten Senders dümpelt konstant bei 0,1 Prozent. Zu allem Übel kommt nun auch noch öffentlich-rechtlicher Spott dazu vom Magazin Royale im ZDF.

Bedauern für den immer mehr in rechtspopulistische Richtung abdriftenden Konzern erscheint unangebracht. Aber Springers Digitalstrategie hat weitreichende Konsequenzen für die Restbestände von Journalismus, die im Hause noch vorhanden sind. Darauf verwies kürzlich Wolfgang Michal in einer gelungenen Analyse im „Freitag". „Das grassierende Newsletter-Unwesen" zerstöre allmählich, „jene Öffentlichkeit, die sich durch allgemeinen und freien Zugang zu Informationen auszeichnet und verwandelt sich in zersplitterte, den Massen vorborgen bleibende Dienstleistungen für Unternehmen und Regierungen, kurz: in Vorzugswissen für Insider". Die Folge sei eine Spaltung der Gesellschaft durch Journalismus: Info-Brosamen für die Normalos, „Fünf-Gänge-Menüs" aus exklusiven Hintergrundberichten für die Entscheidungsträger. Keine schönen Aussichten.

Günter Herkel <<

Aktion

Aktion für Mansour Atti, Libyen

Journalist verschleppt

Am 3. Juni 2021 wurde Mansour Atti das letzte Mal gesehen. An diesem Tag stoppten gegen 19 Uhr drei Fahrzeuge neben dem Journalisten und Blogger. Bewaffnete Männer sprangen hinaus, ergriffen Atti und verschleppten ihn. Die Entführung fand in der Nähe seiner Arbeitsstelle statt. Atti ist auch Leiter des Roten Halbmonds in Ajdabiya, einer Stadt im Nordosten Libyens.

Die Familie hat bisher keine zuverlässigen Informationen über den Verbleib Attis erhalten. Sie fragte beim Sicherheitsdienst in Ajdabiya nach, der offiziell dem Innenministerium untersteht. Das Nachforschen dort blieb genauso erfolglos wie schriftliche und mündliche Anfragen an die sogenannte Libysche Nationalarmee (LNA), auch Libysche Arabische Streitkräfte (LAAF) genannt. Diese bewaffnete Gruppierung unter der Führung des berüchtigten Generals Chalifa Haftar, kontrolliert den Osten des seit Jahren durch einen Bürgerkrieg zerrissenen Landes.

Im August bestätigte ein Kommandeur einer mit der LNA verbündeten Gruppe angeblich, dass Atti sich in seinem Gewahrsam befinde. Doch der Aufenthaltsort des Journalisten bleibt unbekannt. Vor seiner Entführung war Atti mehrfach vorgeladen und zu seinen Aktivitäten befragt worden.

Mansour Atti hat sich als Journalist und Blogger sowie als Vertreter des Roten Halbmondes dafür eingesetzt, dass die für den 24. Dezember geplante Präsidentschaftswahl in allen Landesteilen fair und transparent sowie ohne Repressionen stattfindet. In Libyen bereitet eine sogenannte Regierung der Nationalen Einheit die Abstimmung vor. Diese hat allerdings in weiten Teilen des Landes weder Macht noch Einfluss auf das politische Geschehen.

Erwin Claus <<

Was können Sie tun? Schreiben Sie an den Generalstabschef der Libyschen Nationalarmee und fordern Sie ihn auf, den Aufenthaltsort des Journalisten und Bloggers Mansour Atti bekannt zu geben und bewaffnete Gruppen, die unter dem Kommando der LNA stehen, anzuweisen, Mansour Atti freizulassen.

Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch, Französisch oder Deutsch an:
Colonel General Abdulrazek al-Nadoori
Supreme Commander of the Libyan Arab Armed Forces
Ar-Rajma, Benghazi
LIBYEN

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
Libysche Botschaft
S. E. Herrn Jamal A O Elbarag
Podbielskiallee 42 · 14195 Berlin
Fax: (030) 20 05 96 99 · E-Mail: info@libysche-botschaft.de

AMNESTY INTERNATIONAL

dju. Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union

Zwischen Repression und Toleranz

Kuba: Recherchen als „Verrat von Staatsgeheimnissen“ kriminalisiert

Vor dem Hintergrund regierungskritischer Proteste hat sich die Lage der unabhängigen Medien auf Kuba zugespitzt. Mit Härte reagierten die kubanischen Behörden Mitte November auf Aktionen der Bürgerrechtsbewegung. Der spanischen Nachrichtenagentur EFE wurde kurzfristig die Akkreditierung entzogen. Reporter ohne Grenzen (RSF) sieht die Reste der Pressefreiheit auf Kuba gefährdet.

Der für den 15. November vorgesehene landesweite Protesttag der Gruppe Archipiélago verlief anders als erwartet. Mit friedlichen Spaziergängen, Klatschen und öffentlich ausgehängten weißen Tüchern wollten die Aktivisten für ihre politischen Forderungen demonstrieren: Freiheit für die politischen Gefangenen, Ende der staatlichen Repression, Respekt für die Rechte aller Kubaner*innen, demokratische Reformen. Dazu kam es jedoch nicht. Nach Berichten von „El País Internacional“ wurden die Proteste durch ein großes Polizeiaufgebot im Keim erstickt. Präsident Miguel Díaz-Canel, seit 2019 Nachfolger von Raúl Castro, machte zuvor eine klare Ansage: „Wir sind bereit, die Revolution zu verteidigen und uns gegen jede Einmischung im Land zu wehren, insbesondere gegen solche, die den Frieden, die Sicherheit der Bürger und unsere verfassungsmäßige Ordnung bedrohen.“ Viele Oppositionelle wurden daran gehindert, auf die Straße zu gehen oder beim Versuch, ihre Wohnungen zu verlassen, verhaftet.

Proteste gegen die Mangelwirtschaft

So erging es auch Yunior García Aguilera, einem der Köpfe der Bewegung. Der Dramaturg ist Mitbegründer der Facebook-Seite Archipiélago, auf der über einen friedlichen Wandel in der kubanischen Gesellschaft diskutiert wird. Die inzwischen etwa 26.000 Mitglieder starke Gruppe entstand erst Anfang August, als Reaktion auf die Proteste im Juli, gegen die die kubanischen Behörden äußerst repressiv vorgegangen waren. Die Aktionen richten sich gegen Einschränkungen von Freiheitsrechten und gegen die Mangelwirtschaft: Im Gefolge der Pandemie leidet der Tourismus; außerdem ächzt das Land seit Jahrzehnten unter dem strengen US-Wirtschaftsembargo.

Während der Juli-Proteste in rund 40 kubanischen Städten oder kurz danach waren nach Darstellung von RSF 15 Demonstranten bedroht, angegriffen, festgenommen oder unter Hausarrest gestellt worden. Einige wurden in Schnellverfahren verurteilt, teilweise zu Haftstrafen von bis zu einem Jahr. Im Internet kursieren Videos, die zeigen, wie rigoros kubanische Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden durchgriffen.

Bei den Aktivisten von Archipiélago zeigen sich jetzt erste Anzeichen von Resignation. Yunior García, einer der Köpfe der Bewegung, reiste nur einen Tag nach dem gescheiterten Protest vom 15. November nach Spanien aus, wie „El País“ berichtete, mit einem Touristenvisum und „auf eigenen Wunsch“. Sein Entschluss hänge zusammen mit dem „brutalen polizeilichen Druck“, dem er in den letzten Wochen ausgesetzt gewesen sei, zitiert die Zeitung „ihm nahestehende Quellen“. Tatsächlich war der Aktivist zuvor von staatlichen Medien kampagnenhaft als „Söldner“ und von den USA instruierter und finanzierter Agent diffamiert worden.

Ein Interview mit ihm unmittelbar vor dem geplanten Protest hatte offenbar auch zum Entzug der Akkreditierung für die spanische Agentur EFE geführt. Betroffen sind drei Redakteure, ein Fotograf und ein Kameramann. Unklar war zunächst, ob es sich um einen temporären oder dauerhaften Entzug der Arbeitsmöglichkeit handelt. Es ist das erste Mal, dass Kuba gegenüber einer internationalen Agentur zu diesem Mittel griff.

Regierung besitzt Medienmonopol

Reporter ohne Grenzen nutzte den Protest vom 15. November, um in Berlin über die Situation der Pressefreiheit in Kuba zu informieren. Im aktuellen Ranking der Menschenrechtsorganisation steht der Karibikstaat auf Platz 171 von 180 Staaten weltweit. Selbst unter den lateinamerikanischen Staaten bildet Kuba demnach das Schlusslicht. Pressefreiheit sei in Kuba „institutionell nicht vorgesehen“, begründete RSF-Referentin Juliane Matthey diese Bewertung. Die Regierung besitze „ein quasi vollständiges Medienmonopol“. Der Privatbesitz an Medien sei verboten. Auch das Internet und die gesamte Telekommunikation befänden sich komplett unter staatlicher Kontrolle, „was die Internetzensur für die Regierung sehr einfach macht“. Die wenigen unabhängigen Journalist*innen und Blogger*innen würden von der Regierung regelmäßig drangsaliert: durch „Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Ausrüstungen, Vorladungen zu Verhören, Druck auf Familienmitglieder“. Seit den Juli-Protesten habe sich der Druck auf die oppositionellen Medien intensiviert. Damals sei der Zugang zu den sozialen Netzwerken landesweit gedrosselt worden, der Zugang der Bevölkerung zu „unabhängiger Berichterstattung“ auf diese Weise massiv erschwert.

Eine Zustandsbeschreibung, die vom anwesenden kubanischen Journalisten Augusto César San Martín Albistur bestätigt wurde. Seit mehr als 20 Jahren arbeitet er in Kuba für Medien wie cubanet.org, Diario de Cuba und Primavera Digital. Seine Texte über „gesellschaftlichen Wandel oder Korruption“ rückten ihn immer häufiger ins Visier der Behörden. 2018 konfiszierte die Polizei bei einer Razzia seine gesamte Ausrüstung. „Sogar meinen Universitätsabschluss haben sie mitgenommen“, berichtet er. Solche Vorgänge würden niemals protokolliert, die beschlagnahmten Gegenstände seien nie wiederaufgetaucht.

Freie Pressearbeit sei auf Kuba nicht möglich, so Albistur. Knebelgesetze ermächtigten die Behörden, entsprechende Aktivitäten von Journalist*innen jederzeit zu unterbinden. Hauptproblem nichtstaatlicher Medien sei die mangelhafte Quellenlage: Es gebe „keinen Zugang zu

Eine Blume wird aus dem Fenster unten rechts gehalten. Flaggen werden vom Dach gelassen, um diese Kommunikation mit draußen zu unterbinden. Die Hand, die die Blume hält, gehört dem Oppositionsaktivisten Yunior García Aguilera. Geschehen in Havanna am 14. November 2021.

Foto: picture alliance/AP/ Ramon Espinosa

Information, zu Daten, zum Regierungshandeln". Die Publikation entsprechender Recherchen werde als „Verrat von Staatsgeheimnissen" kriminalisiert.

Seit Juni dieses Jahres hält sich Albistur in Berlin auf, als Inhaber eines normalerweise auf drei Monate ausgelegten „Auszeit"-Stipendiums, das RSF in Kooperation mit der taz-Panther-Stiftung Journalist*innen aus Krisengebieten gewährt. Das Stipendium sei verlängert worden, nachdem seine Familie auf Kuba Repressalien ausgesetzt gewesen sei und die Behörden drohten, ihn bei der Rückkehr zu verhaften. Inzwischen ist auch seine Familie in Berlin. Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz plante Albistur, mit Frau und Sohn in die USA auszureisen, „bis sich die Situation in Kuba beruhigt hat".

Finanzierung aus dem Ausland

Die Arbeit der Medien in Kuba bewege sich ständig in einen „Spannungsverhältnis zwischen Repression und Toleranz", konstatierte Albistur. Auf die Frage nach den Finanzierungsquellen von nichtstaatlichen Medien antwortete er erst nach mehrfachem Nachhaken. Cubanet.org beispielsweise erhält sowohl Gelder aus Stiftungsfonds des Open Society Instituts von George Soros als auch von der US-amerikanischen Behörde für internationale Entwicklung USAID. Der Blog Diario de Cuba, für den Albistur arbeitet, wird ebenfalls von der USAID unterstützt. Diese Geldgeber liefern den kubanischen Behörden den willkommenen Anlass, die journalistische Qualität der nicht regierungstreuen Medien in Zweifel zu ziehen und ihre Redaktionen mit Verweis auf die Finanzierung aus dem Ausland zu diskreditieren. „Die USA finanzieren Nichtregierungsorganisationen zur Einmischung in Kuba" – unter dieser Überschrift prangerte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla erst am 11. Juni dieses Jahres auf dem regierungsoffiziellen Internetportal „CubaDebate" diverse NGOs an, darunter auch Cubanet News. Regelmäßig erscheinen auf dem Portal „Enthüllungsgeschichten" mit Attacken auf missliebige oppositionelle Blogs und ihre Geldgeber. Das Portal CubaDebate führt bezeichnenderweise den Untertitel „Contra el Terrorismo Mediático", also „Gegen den Medienterror".

Gerechtigkeitshalber sollte angemerkt werden, dass die Vergabe von Geldern durch offizielle US-Institutionen kaum ohne politisches Interesse erfolgen dürfte. Die Regierung von US-Präsident Joseph Biden führt die aggressive Politik gegen das Nachbarland Kuba weiter. Keine der seit 61 Jahren bestehenden Blockademaßnahmen und keine der zusätzlich von seinem Vorgänger Donald Trump verhängten 243 Sanktionen wurde bislang zurückgenommen. Noch während des letzten Wahlkampfes hatte der Demokrat Biden versprochen, die antikubanischen Maßnahmen des Republikaners Trump rückgängig zu machen, die „dem kubanischen Volk Schaden zugefügt und nichts getan haben, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern". Zudem war Biden Vizepräsident, als der frühere Präsident Barack Obama einer „historischen Entspannung" mit dem damaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro zustimmte und Annäherungsschritte einleitete.

Davon ist neuerdings nicht mehr die Rede. Die politische Instrumentalisierung der nichtstaatlichen Medien in Kuba durch die USA dürfte daher die Entwicklung einer unabhängigen und kritischen Presse eher erschweren als fördern. Hinter den US-Unterstützungsprogrammen zur „Förderung der Pressefreiheit" steckt erklärtermaßen der Wunsch nach einem Regime Change. Daher ist „fraglich, wie viele ‚unabhängige' Blogs und Onlinemedien dieses Adjektiv verdienen und ob sie nicht eher politische Akteure sind", merkten bereits im März 2020 Hanna Lorenz und Harald Neuber auf M online in ihrem Text „Kuba, seine Medien und die Machtfrage" an.

Auch das Pressefreiheits-Ranking von Reporter ohne Grenzen wirft Fragen auf. Wie kann es sein, dass Kuba unter 180 Staaten Rang 171 einnimmt, Mexiko dagegen auf Platz 143? Jenes Land, in dem in den vergangenen 20 Jahren mehr als 100 Journalist*innen wegen ihrer Arbeit ermordet worden sind? Das RSF-Ranking basiert auf einem komplizierten Punktesystem, dessen Methodik auch oft kritisiert wird. Die Rangliste für 2021 soll daher „die letzte ihrer Art" sein. Die Pressefreiheit stehe „vor neuen Herausforderungen und Entwicklungen", teilt RSF auf seiner Homepage mit. Die Methodik werde „weiterentwickelt, um diese Veränderungen zu berücksichtigen".

Günter Herkel <<

Mit Förderung überleben

Staatliche Pressehilfe stärkt Journalismus in Luxemburg – alle Zeitungen profitieren

Während in Deutschland das traditionelle Finanzierungskonzept der Presse über Anzeigen und Abos angesichts der Digitalisierung mehr denn je auf dem Prüfstand steht, unterstützt man im benachbarten Luxemburg die heimischen Zeitungen schon lange mit staatlichen Hilfen. Derzeit wird das Fördergesetz an das digitale Zeitalter angepasst.

Wer in Städten wie Esch sur Alzette oder Wilz an einen Zeitungskiosk tritt, kann aus einer ganzen Reihe heimischer Presseprodukte wählen. Das ist für ein so kleines Land nicht selbstverständlich – Luxemburg hat eine Bevölkerung von rund 626.000 Menschen, fast die Hälfte sind Ausländer*innen. In einem derart kleinen Markt können verschiedene Tageszeitungen nur mit Hilfe der Förderung überleben, ansonsten käme es rasch zu Monopolbildung. Grundlage ist ein Fördergesetz von 1976, das derzeit reformiert wird. Ziel der Reform ist es, „die Medienvielfalt langfristig zu stärken und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Presseorgane zu ermöglichen“, so das zuständige Ministerium.

Heute teilen fünf Tageszeitungen den Leser*innenmarkt unter sich auf. Platzhirsch ist dabei das 1848 gegründete, katholisch orientierte „Luxemburger Wort“ (gedruckte Auflage 2018: 56.000), gefolgt vom 1913 gegründeten und sozialistisch ausgerichteten „Tageblatt“ (18.000), hinzu kommen die französischen Blätter „La Quotidien“ (7.000) und die Gratiszeitung „L‘Essentiel“ (100.000). Die geringste Auflage hat mit 4.000 die „Zeitung vum Letzebuerger Vollek“ (Zeitung des Luxemburger Volkes).

Das reformierte Fördergesetz sieht ausdrücklich (und damit anders als die in Deutschland angedachte Presseförderung) eine Stärkung der redaktionellen Arbeit vor. Dafür gibt es jährlich einen Grundbetrag von 200.000 Euro. Hinzu kommt für jede*n festangestellte*n Redakteur*in eine jährliche Förderung von 30.000 Euro. Das Gesamtbudget der Pressehilfe liegt bei über sieben Millionen Euro. Ergänzt wird diese finanzielle Hilfe noch mit der Verpflichtung, kommunale Bekanntmachungen (Bebauungspläne etc.) in den Tageszeitungen zu veröffentlichen. So informiert zum Beispiel die Stadt Wilz („Hauptstadt der Ardennen“) in öffentlichen „Avis au Public“ auf Französisch über die Baumaßnahmen der Kommune. Anzeigen wie diese sind Teil einer staatlichen Medien-Förderung, von der Redakteur*innen und Verleger*innen in anderen europäischen Ländern nur träumen können.

Zeitungsständer in Luxemburg.

Foto: Rudolf Stumberger

In den Genuss dieser Förderung kommt auch die sich als „marxistisch“ bezeichnende Tageszeitung „vum Letzebuerger Vollek“. Deren Chefredakteur Ali Ruckert (66), ein Mann mit weißen Haaren und Schnurrbart, steht für Beständigkeit: Neben seinen 22 Jahren als Chef der Kommunistischen Partei Luxemburgs leitet er seit 26 Jahren die Redaktion der Zeitung. „Allerdings“, so betont er, „ist die Zeitung kein Parteiorgan“. Sondern sie soll eine linke Zeitung sein, die „weit über die KPL hinausreicht“. Für ihn ist jedenfalls klar: „Ohne diese Pressehilfe könnten wir in dieser Form nicht erscheinen.“ Dann müsste die Tageszeitung zur Wochenzeitung werden.

Anders als bisher sollen nun im reformierten Pressegesetz auch Monatszeitschriften, Gratiszeitschriften und Medien in portugiesischer und englischer Sprache förderberechtigt werden, um der sprachlichen Vielfalt in Luxemburg Rechnung zu tragen (fast jede*r fünfte Einwohner*in hat einen portugiesischen Migrationshintergrund. Ihre Großeltern wurden in den 1960er Jahren als sogenannte Gastarbeiter*innen angeworben. Die Wahl der Regierung fiel damals auf das katholische Portugal, man glaubte diese Menschen leichter integrieren zu können.)

Die Zeitungsverlage und ihre Herausgeber*innen werden außerdem dazu ermutigt, in die Weiterbildung der Journalisten zu investieren, aktiv in der Medienbildung mitzuwirken und ihre publizistischen Grundsätze zu veröffentlichen. „Die Presse ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir stärken die Basis von Journalismus, damit er seinem gesellschaftlichen Auftrag langfristig gerecht werden kann und die mediale Meinungsvielfalt in Luxemburg weiterhin erhalten bleibt“, erklärt der Minister für Kommunikation und Medien und jetzige Premier Xavier Bettel. Die Gesetzesreform reagiert auch auf die Digitalisierung: „Im derzeitigen Förderregime werden die gedruckten Seiten bezuschusst. Dies ist nicht zeitgemäß und fokussiert zudem auf das Trägermedium statt auf die journalistische Arbeit. Mir geht es aber darum, die Menschen, die die professionelle journalistische Arbeit leisten, in den Vordergrund zu stellen. Daher basiert der neue Finanzierungsmechanismus auf der Zahl professioneller Journalist*innen“, so der Minister weiter.

In Luxemburg ist übrigens die Berufsbezeichnung „Journalist*in“, anders als etwa in Deutschland, gesetzlich geschützt. **Rudolf Stumberger «**

Genugtuung für Journalistin

Jineth Bedoya Lima gegen Kolumbien: Mehr als ein Urteil für die Pressefreiheit

Die kolumbianische Journalistin Jineth Bedoya Lima hat 21 Jahre für Aufklärung und Gerechtigkeit in eigener Sache gestritten. Endlich erfolgreich. Am 18. Oktober verurteilte der Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte den kolumbianischen Staat zu umfassenden Reparationsleistungen und zur lückenlosen Aufklärung der Straftat. Für die Stiftung für Pressefreiheit (FLIP) ist das Urteil historisch, weil es sexuelle Gewalt als Instrument des Zum-Schweigen-Bringens gegen Medienvertreter*innen definiert.

Eindeutiger hätte das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Costa-Ricanischen San José kaum ausfallen können. Die Richter*innen attestieren den kolumbianischen Institutionen in allen Punkten eine Mitverantwortung für die Entführung, Vergewaltigung und Folter der heute 47-jährigen Journalistin Jineht Bedoya sowie elementare Versäumnisse bei der juristischen Aufarbeitung des Falles. „Das ist ein Sieg für die Pressefreiheit und ein Sieg für die Frauen“, meint Jorge Cardona. Der Redaktionsleiter vom „El Espectador“, einer der beiden international bekannten Tageszeitungen des Landes, hat als Zeuge vor Gericht ausgesagt und Jineth Bedoya immer wieder ermuntert, bis vor die höchste juristische Instanz der Region zu ziehen.

Die hat mit dem Urteil vom 18. Oktober für neue juristische Maßstäbe gesorgt. Sexuelle Gewalt sei, so die höchste juristische Instanz der Region, als Instrument des Zum-Schweigen-Bringens zum Einsatz gekommen. „Das hat historischen Charakter“, meint die Anwältin Viviana Krsticevic, Direktorin des Zentrums für Gerechtigkeit und Internationales Recht (CEJIL). Sie vertrat Bedoya und dokumentierte den Fall gemeinsam mit den Experten der Stiftung für die Pressefreiheit (FLIP) aus Bogotá. Die Medienorganisation hatte Bedoya mehr als zehn Jahre bei ihrem Marsch durch alle Instanzen der kolumbianischen Justiz Kolumbiens begleitet und schließlich Klage vor dem Interamerikanischen Gericht für Menschenrechte eingereicht.

Jineth Bedoya war am 26. Mai 2000 unter den Augen von Gefängniswärtern des „La Modelo“ und mehrerer Polizisten von Paramilitärs entführt worden. Die 26-jährige Journalistin des „El Espectador“ sollte in der Haftanstalt einen ranghohen Paramilitär interviewen. Doch der Termin entpuppte sich als Falle. 16 Stunden wurde sie festgehalten, beschimpft, vergewaltigt und gefoltert. Ziel war es, so die Richter in ihrem 92-seitigen Urteil, die damals 26-jährige Reporterin mundtot zu machen.

Doch genau das gelang nicht, weil Bedoya sich wehrte. 2009 entschied sie sich, ihre Vergewaltigung öffentlich zu machen und Gerechtigkeit einzuklagen. Das hat die zierliche Frau zur Symbolfigur für die Opfer sexueller Gewalt in Kolumbien gemacht. Deshalb, aber vor allem weil ihr Fall en detail dokumentiert wurde, hat Flip-Direktor Jonathan Bock mit einem positiven Urteil gerechnet – nicht aber mit einem derart weitreichenden. „Das Urteil gibt uns Instrumente in die Hand, denn es verpflichtet den kolumbianischen Staat, Journalist*innen besser zu schützen, Straftaten gegen sie zu ermitteln und zu sanktionieren“, so FLIP-Direktor Jonathan Bock. So muss ein Online-System, in dem alle Daten zu geschlechtsspezifischen Gewaltdelikten zusammenfließen sowie eines, in dem jede Bedrohung und jede Gewalttat gegen Pressevertreter*innen registriert und öffentlich zugänglich gemacht wird, eingerichtet werden.

2018 (Foto) wurde Jineth Bedoya Lima gemeinsam mit der Menschenrechtsaktivistin Mayerlis Angarita Robles für den Einsatz für Frauenrechte und friedliche Konfliktlösungen in Kolumbien mit dem Anne-Klein-Frauenpreis der Heinrich-Böll-Stiftung ausgezeichnet.

Foto: stephan-roehl.de
Karte: istockphoto/calvindexter

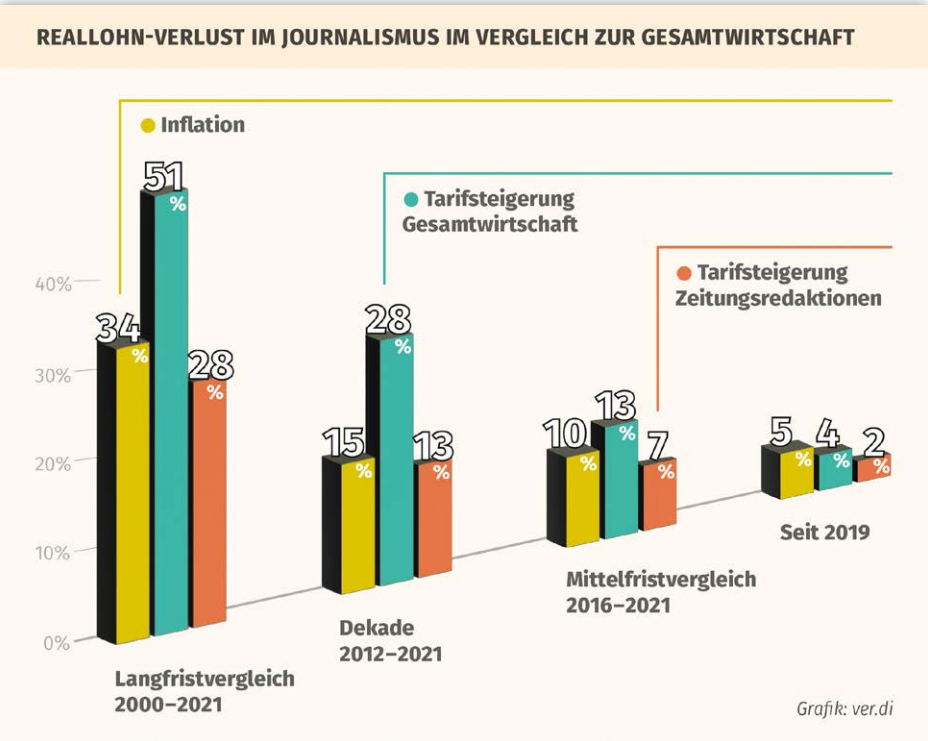
Wichtige Neuerungen in einem Land, in dem Gewalt gegen Frauen genauso wie Angriffe auf die Presse eine lange Geschichte haben und nur selten geahndet werden, meint Bock. Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit liegt die Aufklärungsquote bei ein bis fünf Prozent – je nach Delikt, so die Statistiken. Das haben auch die Richter in San José registriert. Sie werteten die Untätigkeit von Ermittlungsbehörden und Justiz, die de facto Straflosigkeit zur Folge hatte, obendrein als Folter für die Opfer. Dazu zählt neben Jineth Bedoya auch ihre Mutter. Beide mussten immer wieder medizinische Hilfe gegen den posttraumatischen Stress in Anspruch nehmen. Für die Kosten muss die kolumbianische Regierung nun aufkommen und zudem eine Gedenkstätte für die Opfer sexueller Gewalt einrichten.

Ein Urteil, dass nicht nur Symbolcharakter hat, sondern auch neue Rechtstandards setzt, die für die gesamte Region relevant sind. **Knut Henkel <<**

Tageszeitungen

Kein Tarifangebot von Verlegerseite

Viel ist dieser Tage von Wertschätzung und Respekt die Rede – in der Politik und in der Arbeitswelt, tragen doch viele Arbeitnehmer*innen die zusätzliche Last der Pandemie und ihrer auch preistreibenden Auswirkungen. Während die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di ihre Forderung nach einem monatlichen Festbetrag von 200 Euro mehr für alle sozial austariert und eine Coronaprämie für die rund 12.000 Redakteur*innen auf einmalig 500 Euro beziffert hat, kommt von der Verlegerseite – nichts. Der nächste Verhandlungstermin ist der 14. Dezember.



Über zwei Jahre ist für die Zeitungsredakteur*innen eine Gehaltssteigerung ausgeblieben. Dafür stiegen und steigen die Lebenshaltungskosten. Der Reallohnverlust hat die Redaktionen von der allgemeinen Einkommensentwicklung gekoppelt, die Branche verliert an Attraktivität. „Gerade deshalb haben wir ein deutliches Zeichen der Arbeitgeberseite vor allem in Richtung Berufseinsteiger*innen gefordert und auf eine schnelle Einigung gedrängt“, zeigt sich ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel enttäuscht: „Wir brauchen ein sofortiges Signal der Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen, das nicht nur die rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten berücksichtigt, sondern auch die besonderen Erschwernisse der Arbeit unter Pandemie-Bedingungen anerkennt“, unterstreicht Fintel.

Die dju-Tarifkommission hat mit ihrer Forderung nach einem Festgeldbetrag für alle besonders die Berufseinsteiger*innen im Blick – für sie würden 200 Euro eine wirksame Reallohnsteigerung zwischen 5 und 6 Prozent bedeuten. Damit wäre auch eine Anhebung der Volontariats-Vergütung auf 2.125 Euro im ersten Jahr gewährleistet – eine Höhe, die die kommende Mindestlohn-Anhebung auf 12 Euro nur knapp übersteigen würde.

Für die höchsten Tarifgruppen (z. B. in der Redaktionsleitung) wären 200 Euro mehr immerhin noch ein Plus von 3,8 Prozent. Die so geforderte durchschnittlich 5prozentige Einkommenserhöhung gilt auch für freie Journalist*innen, deren Honorare entsprechend steigen sollen. Angesichts der ungewissen Perspektive und steigender Lebenshaltungskosten will die dju in ver.di nur eine Laufzeit von zwölf Monaten und damit bis Ende Dezember verhandeln.

„Die zuvor in Pressemitteilungen der Arbeitgeberseite angekündigte Wertschätzung ist bei der Auftaktrunde ausgeblieben“, kritisiert Matthias von Fintel. Wenn die Verlagsvertreter*innen es wirklich ernst damit meinten, die große Leistung und das Engagement der Tageszeitungsjournalist*innen in den vergangenen zwei Jahren anerkennen zu wollen, „dann hätten sie das in der vierstündigen Runde durch ein Angebot ausdrücken können. Das ist bedauerlicherweise ausgeblieben“, so der ver.di-Verhandlungsführer. Die dju in ver.di erwartet am 14. Dezember nunmehr ein wertschätzendes Angebot der Verleger. ine «

Impressum

M 4/2021 Jhg. 70
Menschen Machen Medien
Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema.
M Online berichtet aktuell aus der Medienbranche:
https://mmm.ver.di.de
Herausgeber:
ver.di Bundesvorstand
Frank Werneke,
ver.di-Vorsitzender
Christoph Schmitz,
Leiter Ressort 7

Redaktion:
ver.di Bundesverwaltung
M Redaktion
Karin Wenk (verantwortlich)
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel: 030 / 69 56 23 26
Fax: 030 / 69 56 36 57
karin.wenk@verdi.de
redaktion-m@verdi.de
@Mx3_Online
https://www.facebook.com/menschenmachenmedien/

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH,
Bülowstr. 66, Hof D/
Eingang D1, 10783 Berlin,
Fax 030/740 73 16 54
anzeigen@ask-berlin.de

Ansprechpartnerin:
Simone Roch, Strategische Kommunikation
Tel. 030/740 73 16 32
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27 gültig ab 1.1.2022

Gestaltung:
Layout: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de

Druck und Vertrieb:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
Marktweg 42–50
47608 Geldern

Abonnement:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH,
Postfach 1207,
70773 Filderstadt
Tel 0711/700 15-30, Fax -10
service@verlag-weinmann.com

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten.
Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive Mwst.).
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Redaktionsschluss M:
M 04.2021: 22.11.2021
M 01.2022: 01.03.2022

International Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Weitere Publikationen:

Kunst und Kultur Online
https://kuk.verdi.de/
verantwortlich:
Lisa Basten
Tel: 030/69 56 23 30

„Druck + Papier“
verantwortlich:
Jan Schulze-Husmann
Tel: 030/69 56 23 12

Neue Broschüre

Im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Persönlichkeitsrechten

Die neue Broschüre „Journalismus und Persönlichkeitsrechte“ aus der dju-Reihe „Journalismus konkret“ gibt einen komprimierten Überblick, was im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Persönlichkeitsrechten zu beachten ist. Weil es im Presserecht aber immer auf eine Abwägung der widerstreitenden Interessen ankommt, kann sie nur eine grobe Orientierung bieten.

Eine kritische Berichterstattung ist konfliktträchtig: Streitigkeiten darüber, was die Presse schreiben darf und wann Persönlichkeitsrechte überwiegen, sind an der Tagesordnung.

Das Pdf der Broschüre im Internet: https://kurzelinks.de/persrecht

Zunehmend versuchen betroffene Unternehmen oder Einzelpersonen mithilfe spezialisierter Anwaltskanzleien gegen kritische Veröffentlichungen vorzugehen, z. T. mit präventiven Drohschreiben. Abmahnungen wegen Veröffentlichungen stellen für Medienschaffende ein erhebliches (auch finanzielles) Risiko dar. Die Abwägung zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrechten ist mitunter schwierig. Die Rechtsprechung stellt seit jeher hohe Anforderungen an die journalistische Arbeit, wenn über einzelne Personen oder Unternehmen berichtet wird. Deshalb kann die Broschüre eine Hilfe für die tägliche Praxis von Reporterinnen und Reportern sein.

UCI: Fünf Prozent mehr

Tarifabschluss brachte auch zusätzliche Lohngruppen

Nach den fast zehnmonatigen Tarifverhandlungen mit UCI konnte am 25. November ein Abschluss erreicht werden. Demnach erhalten die Beschäftigten des Kinokonzerns mindestens 5 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit des Tarifvertrages bis Ende 2022. Dabei gelang es, für langjährig Beschäftigte drei neue, höhere Lohngruppen einzuführen, die ein deutliches Plus von bis zu 8 Prozent in der Spitze bedeuten. Auch eine Erhöhung der Jahressonderzahlung konnte für 2022 erreicht werden.

Symbolbild: uci

„In der aktuellen schwierigen Situation und aufgrund der herausfordernden wirtschaftlichen Lage ist dieses gute Ergebnis vor allem dem engagierten Einsatz der Kolleg*innen in der Tarifkommission zu danken“, betonte ver.di-Verhandlungsführerin Martha Richards. „Besonders erfreulich ist, dass es endlich gelungen ist, die Leistung und den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen, die zehn Jahre und mehr für UCI arbeiten, mit zusätzlichen Lohngruppen zu würdigen.“

Obwohl die Corona-Pandemie die Kinobranche mit dem lange andauernden Lockdown und Kurzarbeit besonders hart getroffen hatte, war der bestehende Tarifvertrag mit ver.di vom Kinokonzern gekündigt worden. Verschiedene Angebote der ver.di-Tarifkommission, um das zu verhindern, nahm UCI nicht an. Es musste also neu verhandelt werden. Dreh- und Angelpunkt war dabei die Erhöhung der Löhne, um bei steigenden Lebenshaltungskosten und Teuerungsraten keinen Reallohnverlust zu erleiden. Die berechtigten Forderungen der Beschäftigten, den Einstiegslohn bei 12,50 Euro anzusetzen, wurden von UCI wiederholt als völlig überzogen und „respektlos“ bezeichnet. Jedoch: „Die Kolleginnen und Kollegen in der Kinobranche haben existenzsichernde Löhne verdient – für sie ist Kino nicht nur ein Hobby! Gerade bei den Wiedereröffnungen nach dem Lockdown mussten sich die Kinobeschäftigten in rasender Geschwindigkeit als Pandemie-Profis beweisen, indem sie die Hygiene-Konzepte durchsetzten. Als Gesicht der Kinos haben die Beschäftigten eine besondere Verantwortung, damit sich die Kinobesucher*innen sicher fühlen können“, so Martha Richards.

Durch die relativ kurze Laufzeit kann auf die zu erwartenden gesetzlichen Änderungen zur Erhöhung des Mindestlohns entsprechend reagiert werden. **Red. <<**

BYE BYE BAD NEWS

MIT CONSTRUCTIVE JOURNALISM DURCH DIE KRISE?

35. JOURNALISMUSTAG IN BERLIN

29.01.2022

Der Tag soll ab 19:00 Uhr mit Party und Buffet im Foyer und auf der Galerie ausklingen.

Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie die Corona-Pandemie oder die Klimakrise stellen Medien vor die Aufgabe, diese Umbrüche adäquat aufzuarbeiten.

Konstruktiver Journalismus verspricht darauf passende Antworten, indem er nicht nur die Probleme in den Blick nimmt, sondern auch nach Lösungen dafür sucht, um ein möglichst umfassendes Bild zu zeichnen.

Wir wollen diskutieren, welche Chancen und Risiken dieses neue Tool im journalistischen Handwerkskoffer bietet, wo sich der konstruktive Ansatz in der Praxis bereits bewährt hat und wie sich das auf die Monetarisierung auswirkt.

Außerdem wollen wir wissen, ob Constructive Journalism angesichts einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft die Debattenkultur positiv beeinflussen kann.

Wir freuen uns wie immer auf spannende Diskussionen mit hochkarätigen Expertinnen und Experten!

DAS PROGRAMM DEMNÄCHST AUF HTTPS://DJU.VERDI.DE

Auch alle weiteren Informationen zur Veranstaltung, die sich aufgrund der aktuellen Pandemielage ergeben, werden auf der Website der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und auf M Online im Service aktuell veröffentlicht.

Bild: istockphoto/wildpixel [M]

ver.di